

Bezugspreis: Für die zweite Hälfte August 50000 M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 19. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis: Die einspaltige Reparaturzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags ...

Unsere Aufgaben.

Die Sozialdemokratie in der neuen Reichsregierung.

Die Sozialdemokratische Partei hat den wahrlich nicht leichten Entschluß gefaßt, in die neue Reichsregierung einzutreten ...

Vizekanzler Robert Schmidt, Minister für Wiederaufbau.

Die neue Reichsregierung hat, das weiß jedermann, eine sehr schwere Erbschaft übernommen ...

Damit zeigt sich zugleich der Weg an, um die notwendigen Erleichterungen zu schaffen ...

In Ergänzung hierzu muß der Weg der Steuerreform beschritten werden ...

An der Erfüllung sozialer Aufgaben sind bereits gewisse Vorarbeiten erledigt ...

Eine wirkliche Gesundung wird es freilich erst geben, wenn der Ruhrkonflikt und das Reparationsproblem ...

Harte Zeiten wie diese erfordern außergewöhnliche Maßnahmen und rasches Handeln ...

Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann.

Der hungrige Magen ist ein schlechter Berater, und die Verzweiflung findet nie einen Ausweg ...

Für die innere Politik des Reichs kommt in diesen stürmischen Zeiten viel, wenn nicht alles darauf an ...

Sicher haben viele Landwirte, die Kapitalisten sind wie die anderen auch, große Schuld auf sich geladen ...

Sicher haben viele Unternehmer ungenügendes Verständnis für die Notlage des Proletariats ...

Die Staatsgewalt muß verhindern, daß die Wogen der Erregung über jede Ordnung hinwegspülen ...

Die Regierung der Republik will und wird die Reichsverfassung gegen alle schützen ...

Freiheit des Wortes, nicht des Wortes soll in Deutschland herrschen ...

Alle Organe des Staates haben allein der Republik zu dienen ...

Das Reich ist in Gefahr! Im Westen sind Gebiete bedroht, ohne die Deutschlands Wirtschaft nicht leben kann ...

Allein vermögen die vier sozialistischen Mitglieder im Reichskabinett nicht viel, aber sie werden stark sein ...

Reichsjustizminister Prof. Dr. Gustav Radbruch.

Durch die Wandlung des Obrigkeitsstaats zum sozialen Rechtsstaat ist die ganze schwer bewegliche Masse unserer Gesetzgebung in Bewegung geraten ...

Das neue Strafrecht ist eine äußerst dringliche, aber leider auch zeitfordernde Aufgabe ...

Wie der Strafprozeß, so ist auch der gesamte Zivilprozeß in der Neugestaltung ...

Dagegen ist das bürgerliche Recht zu einem gewissen Stillstand gekommen ...

ständige Neubauten neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch, so das neu geordnete Mietrecht, so das zu einem großartigen, ebenbürtigen Gegenstück des „bürgerlichen“ Gesetzbuchs ausgefallene Arbeitsrecht. Ein Gebiet des Bürgerlichen Gesetzbuchs freilich ist auch für die Arbeiterschaft von starker Bedeutung, das Familienrecht. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die dringende erforderliche Reform unseres Ehescheidungsrechts nicht an dem Widerspruch einer der mit uns in der Koalition verbundenen Parteien scheitern wird. Ferner wird das Erbrecht lachender Zufallsregeln der Allgemeinheit weichen müssen. Als sicher aber kann angesehen werden, daß das lang vorbereitete Gesetz über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes noch diesem Reichstage zugehen wird. Seine Aufgabe ist es auch, die Aufwertung alter Abfindungen unehelicher Kinder zu ermöglichen — wenn nicht sogar die Vorwegnahme dieser dringenden notwendigen Bestimmung sich als nötig erweisen sollte. Aufwertung und Wertbeständigkeit sind überhaupt die großen Schlagworte der nächsten Zeit, auch für die Justiz. Mannigfache, noch gar nicht voll übersehbare Aufgaben sind für die Justiz in ihnen beschlossen, meist aber so, daß die Währungsreform vorangehen, die Justizreform ihr folgen muß.

Auch die Mühlen der Justizgesetzgebung mahlen langsam. Justizreformen sind sehr selten zu früh, aber sehr häufig erst dann gekommen, wenn sie aus neuen und kühnen Entwürfen zu selbstverständlichen, ja überholten Forderungen geworden waren. Wir werden aus dieser Tatsache zu lernen haben.

Die Ueberteuering der Kohle. Ueber den Weltmarktpreis.

Die für den Bergbau mit Wirkung vom 13. August festgesetzten Lohnerhöhungen haben, wie W.B. meldet, auf Grund der durch Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 9. August d. J. festgelegten Berechnungsweise folgende prozentuale Zuschläge zu den jetzt gültigen Brennstoffverkaufspreisen ergeben, die vom 20. d. M. ab unter den Bedingungen der genannten Befanntmachung gelten:

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat	63,3 Proz.
Sächsisches Kohlenyndikat	63,3
Niedersächsisches Kohlenyndikat (Abendbären)	56,8
Niedersächsisches Kohlenyndikat, übriges Gebiet	58,3
Sächsisches Steinlohlenyndikat	56,6
Rheinisch-Westfälisches Steinlohlenyndikat	57,4
Ober-sächsisches Steinlohlenyndikat	55,5
Mitteldeutsches und Ostelbisches Braunkohlenyndikat	62,5
Rheinisches Braunkohlenyndikat	62,0
Oberbayerische Braunkohlen	55,9
Bayerische Braunkohlen	62,5

Die sich hieraus ergebenden Preise liegen zurzeit nicht unerheblich über den Weltmarktpreisen. Das Uebersteigen der Weltmarktpreise kann, wenn es länger andauert, für die deutsche verarbeitende Industrie eine die Wettbewerbsfähigkeit vernichtende Belastung herbeiführen. Der Reichswirtschaftsminister hat sofort veranlaßt, daß die zuständigen Organe der Kohlenwirtschaft bereits am 21. August zusammentreten, um zu der nach seiner Auffassung nicht haltbaren Lage Stellung zu nehmen. Aus gleichen Erwägungen hat die Geschäftsführung des Reichskohlenverbandes bei dem Reichsminister der Finanzen die Aufhebung der Kohlensteuer beantragt.

Mit den neuen Preiszuschlägen hat sich die Kohlenpreispolitik wieder einmal festgefahren. Obwohl die Unternehmer längst nicht Balutalohne zahlen, haben die Preise, die immer unter Berufung auf Lohnerhöhungen gesteigert wurden, jetzt glücklich die Weltmarktpreise überschritten. Und mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der man die Weltmarktpreise überschreitet, fordert man im Augenblick der größten Finanznot des Reiches den Abbau der Kohlensteuer, die zu den ertragreichsten Steuern gehört!

Nun ist die Kohlensteuer bereits einmal um ein Viertel ermäßigt worden, ohne daß die Preise der

übrigen Industriewaren entsprechend heruntergegangen wären. Dieses erste „Ruhropfer“, das nicht von den Besitzenden, sondern von dem Reiche gebracht wurde, wird also glatt von der Industrie aufgezehrt worden. Man wird sich daher doppelt und dreifach überlegen müssen, ob es irgendeinen Zweck hat, jetzt wieder die Kohlensteuer herabzusetzen und so, wenn der Dollar wieder steigen sollte, der gesamten Industrie ein gewaltiges Geschenk zuwenden. Vielmehr wird es endlich an der Zeit sein, daß die von dem früheren Reichswirtschaftsminister Beder unbeanstandet geliebene Preispolitik der Syndikate einer nachdrücklichen Revision unterzogen wird und daß die Gewinne des Kohlenbergbaues einmal energigisch beschritten werden.

Kampf dem Hunger!

Die Konferenz der Ernährungsminister!

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft traten gestern die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder zu einer Konferenz zusammen, die sich mit den Schwierigkeiten auf den verschiedenen Gebieten der Ernährung und den für die Versorgung zu treffenden Maßnahmen beschäftigte. Die eingetretene Schwierigkeiten fanden eine eingehende Würdigung in den einleitenden Worten des Reichsministers Dr. Luther sowohl, wie in den Darlegungen der Vertreter der Länder. Im Einzelnen war die Versorgung mit Getreide und Brot, mit Kartoffeln, Zucker, Fett und Milch besonders Gegenstand der Beratung.

Die Sicherung der Brotversorgung.

Die Vertreter der Länder stimmten dem Reichsminister darin bei, daß die Marktbrotversorgung vom 15. September bis 15. Oktober verlängert werden soll. Ein entsprechender Antrag ist dem Reichsrat zugegangen. Weiter wurde erörtert, ob eine Erhöhung der für das Wirtschaftsjahr 1923/24 in Aussicht genommenen Reserve von einer Million Tonnen erforderlich sei, und ob die Versorgung der großen Verbraucherbezirke über den 15. Oktober hinaus besonders zu sichern sei. Beide Fragen wurden bejaht. Dabei wurde von einzelnen Ländern eine Erneuerung der Umlage angeregt; dieser Gedanke wurde jedoch von der Mehrheit der Konferenz abgelehnt.

Kredite für die Kartoffelversorgung.

Für die Kartoffelversorgung sind die Aussichten nach Berichten aus den verschiedenen Landesteilen, mit denen die Auffassung der Vertreter der Länder übereinstimmte, nicht ungünstig. Für eine weitere günstige Entwicklung scheint allerdings warme Bitterung notwendig. Eine Hauptschwierigkeit für die Versorgung liegt nach allgemeiner Auffassung auf dem Gebiete der Finanzierung. In dieser Beziehung wurde Mitteilung gemacht von der Gründung einer Kartoffelkreditbank, welche die Finanzierung des Kartoffelhandels sich zur Aufgabe macht. Ferner ist vor kurzem mit den Städten Fühlung genommen worden, um zu erreichen, daß sie in Verbindung mit dem ortsanfässigen Handel gleichfalls die Finanzierung fördern.

Eine weitere wichtige Frage für die gute Versorgung mit Kartoffeln ist die Ueberwindung der Verkehrsschwierigkeiten. Mit dem Verkehrsministerium besteht seit längerer Zeit ein enges Einvernehmen, um den Transport im Herbst möglichst zu beschleunigen. Das Verkehrsministerium wird Kartoffeln und Getreide an erster Stelle befördern. Dabei muß damit gerechnet werden, daß für die Kartoffeln nicht immer gedeckte Wagen zur Verfügung stehen werden. Von allen Seiten ist auf schnellste Räumung der Wagen hinzuwirken, um die volle Ausnutzung zu ermöglichen. Die Vertreter der Länder stimmten diesen Maßnahmen als zweckdienlich zu. Auf eine Anfrage hinsichtlich der Verbrennung der Kartoffeln zu Spiritus erklärte der Reichsminister, daß noch nicht 2 Proz. der vorigen Ernte zu Brennereizwecken verwandt worden seien. Die Herstellung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, aber die Freigabe von Kartoffeln zu diesem Zwecke würde nur nach sehr sorgfältiger Prüfung erfolgen.

Die Zuckertwirtschaft.

Im Anschluß an die bereits im Frühjahr gepflogenen Verhandlungen über die Zuckertwirtschaft 1923/24 wurde die Zuckertwirtschaft im laufenden Jahre und die Aussichten für die nächste Ernte eingehend erörtert. In der Aussprache wurde übereinstimmend die Notwendigkeit einer Hebung des Zuckerrübenbaues betont. Daneben wurde die Frage erörtert, ob und auf welche Weise

es möglich sei, bei einer Freigabe der Wirtschaft die Zuführung des Rindzuckers an die Bevölkerung zu sichern und Vorkehrungen gegen übermäßigen Anlauf durch die Zucker verarbeitenden Industrien und gegen die Spekulation mit Zucker zu treffen.

Die Fettversorgung.

Sehr eingehend wurde dann noch die Frage der Fett- und Milchversorgung behandelt. Die Rohstoffe, die in der letzten Zeit bei der Fettversorgung zutage getreten sind, sind nach übereinstimmender Auffassung auf den Mangel an Devisen zurückzuführen. Die Bemühungen des Reichsministeriums in Verbindung mit der Reichsbank, hier Abhilfe zu schaffen, wurden anerkannt. In den letzten Tagen ist eine starke Erleichterung eingetreten, die sich bereits auf dem Markt fühlbar macht. Die Konferenz sprach sich einmütig dahin aus, daß für die Versorgung mit den notwendigen Mengen an Fett die Zuteilung von Devisen unbedingt erfolgen müsse, um eine Ergänzung der nicht ausreichenden inländischen Fette zur Befriedigung des notwendigen Bedarfs herbeizuführen.

In der Erörterung über die Milchversorgung wurde mehrfach das Bedauern ausgesprochen, daß die Verhältnisse in der Versorgung und die Preisgestaltung im Reiche sehr verschiedenartig seien. Es wurde anerkannt, daß die Mittel, die für die Verbilligung zur Verfügung gestellt sind, für einen Teil der Bevölkerung Erleichterung gebracht haben und daß die weitere Bereitstellung derartiger Mittel notwendig erscheint.

Verschleppung des Koffbach-Prozesses. In der Cuno-Zeit.

Leipzig, 18. August. (B.S.) Zu den mehrfach durch die Presse gegangenen Nachrichten über die Behandlung Koffbachs in der Gefangenenanstalt I in Leipzig nach der Flucht Ehrhardts hat sich Koffbach in einem am 11. August vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs aufgeführten Protokoll wie folgt ausgesprochen:

„Tatsache ist, daß die Reichsregierung (Kabinet Cuno! Red.) um zu entscheiden, ob General v. Seeckt vernommen werden soll, dieselbe Zeit braucht (etwa zwei Monate, in der der Untersuchungsrichter die ganze Voruntersuchung geführt hat). Ich stehe nicht an, meine Vermutung darüber auszudrücken, daß, nachdem die Voruntersuchung so schnell durchgeführt wurde, daß nur eine ungeheuerliche Verschleppung bei den Reichsstellen eingetreten zu sein scheint. Am 18. Juni wurde der Beschluß des Staatsgerichtshofs auf Verurteilung meiner Justizschwerde und auf Vernehmung des Generals v. Seeckt gefaßt. Heute, nach fast zwei Monaten, sind die Akten noch nicht beim Untersuchungsrichter und ist noch kein Entscheid über die Vernehmung getroffen.“

Von dieser Erklärung Koffbachs ist dem Oberreichsanwalt zur Kenntnisnahme und Weiterleitung an den Reichsjustizminister gemäß dem Antrage Koffbachs Mitteilung gemacht worden.

Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, ist der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Dr. Richter, in dieser Angelegenheit bereits am 30. Juli zum Vortrag beim Reichswehrminister Dr. Gessler gewesen, dessen Entscheidung über eine Vernehmung des Generals v. Seeckt noch im Laufe der gestern zu Ende gegangenen Woche erfolgen soll.

Zusammenstöße am Rhein.

Köln, 18. August. (W.B.) Bei einer Kommunistenversammlung in Wiesdorf wurden mehrere Polizeibeamte verletzt. Als die Menge gegen die aus Köln herbeigerufenen Polizei mit Steinen warfen, machte diese von der Waffe Gebrauch. 20 Versammlungsteilnehmer wurden verletzt und 100 Personen festgenommen. In der Nacht versuchten Kommunisten aus Hilden das Rathaus in Wiesdorf zu stürmen. Der Angriff konnte von der vereinigten Wiesdorfer und Rötter Polizei abgewiesen werden. Dabei wurden 12 Angreifer verletzt. Auch in Schlobusch kam es zu Zusammenstößen, wobei 16 Personen verletzt und vier festgenommen wurden. In Ohligs kam es ebenfalls zu Unruhen, wobei fünf Personen verhaftet wurden. Die mit Knäpeln und Steinen bewaffneten Ruhestörer legten Räume über die Straßen und hielten Autos an. Der Nachmittag ist in Beberchen ruhig verlaufen. Die Zahl der sich meldenden Arbeitswilligen nimmt zu. Weitere Ruhestörungen sind nicht eingetreten. Die Polizei ist nunmehr Herr der Lage.

In Gelsenkirchen ist der Streik der Rotstandsarbeiter infolge besserer Lebensmittelfuhr beendet.

„Krieg und Frieden.“

Von Ernst Toller.

Der Höhepunkt des 26. Gewerkschaftsfestes, das vom Leipziger Gewerkschaftsverband am 11. August veranstaltet wurde, war die Aufführung des Massenfestspiels „Krieg und Frieden“ von Ernst Toller.

Keiner unserer gegenwärtigen Dichter ist so sehr im tiefsten seines Wesens mit proletarischem Denken und Fühlen ver wachsen wie Toller. Ihm war niemals wie zahlreichen unserer jüngeren Literaten Sozialismus und Revolution eine Konjunktur, die man literarisch ausnützen konnte. Leid und Not, Sehnsucht und Glaube der ausgebeuteten arbeitenden Masse sind ihm mehr als nur willkommener Stoff zu dichterscher Befahrung; sie sind ihm eigenes Erleben, das in ihm wühlt und ihn quält, bis er ihm Sprache und Form verlehnen hat. Die innere Verbundenheit Tollers mit der Gesamtheit des proletarischen Daseins wird durch nichts eindringlicher bestätigt als durch die Tatsache, daß er nicht bloß der Dichter, sondern zugleich auch ein Märtyrer der proletarischen Sache ist.

Verschiedenen seiner Dichtungen wurde der Vorwurf gemacht, daß von ihnen vielmehr eine agitatorische als eine im üblichen Sinne rein künstlerische Wirkung ausgehe. Sicher ist, daß Tollers Dramen nicht jene selbstgenügsame und absichtslose Abgeschlossenheit eignen, die in sich selbst ruht und im Zeichen einer zeitlosen Gesetzmäßigkeit dem Zufälligkeiten und Besonderheiten des Alltags fern und kühl gegenübersteht. Tollers Dramen wollen Gesinnungen beeinflussen, wollen Ueberzeugungen bekennen, wollen aktiv in den Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft eingreifen. Von gewöhnlicher Tendenzdichtung unterscheiden sie sich freilich durch die Größe des Ziels, in dessen Dienst sie stehen, durch den hinreichenden Schwung ihrer Handlung, durch die wahrhaftig dichtersche Bildhaftigkeit und die bedeutungsvolle Tiefe ihrer Szenen, durch das glühend heiße Herz, das sich in ihnen verrät.

„Die Wandlung“, „Rasse Mensch“, „Die Maschinenstürmer“ zeigten, daß Toller bei aller bidnersischen Kraft doch nicht ein Kur-Bestatter ist, der lediglich dem innerlich Geschauten den sichtbaren Körper schafft, sondern daß er gewinnen und überreden, daß er die Wissen schärfen und für Sozialismus und Menschlichkeit werden will. Sein Massenfestspiel „Krieg und Frieden“ ist von ähnlicher Art. Nur daß die Proletarier, die vom Abscheu vor kriegerischem Morben ergriffen werden sollen, selbst als Mitspieler herangezogen werden; sie selbst machen die Ideen und Stimmungen sichtbar, die nach des Dichters Willen in allen proletarischen Herzen für alle Zeiten lebendig bleiben sollen. In elf Bildern erscheinen knapp und kräftig die Lebensstationen des Krieges bis hin zu dem seligen Tage, an dem die „Koten“, die rasselos Unzufriedenen und ewig nach Vollkommenheit Dürstenden den ewigen Frieden zwischen den Völkern heraufgeführt haben werden. Und da innerhalb der verschiedenen

Völker sich im Grunde genommen stets Gleiches und Gemeinsames abspielt: Irreführung und Berausung der Massen, Ausschreitungen gewissenloser Spekulanten, Komödiantentum der politisch Herrschenden, der Schrei der Darbenden nach Brot, Erwachen der Völker vom Mutrausch, greift Toller zu dem Kunstmittel, die gleichen Vorgänge gleichzeitig fünfmal parallel nebeneinander sich ereignen zu lassen. Unter den Bannern Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Oesterreichs vollzieht sich gemeinsames Schicksal.

Die Hingabe der mitwirkenden Arbeiterschaft an das Spiel war bewunderungswürdig. Von unübertrefflicher Wucht war jene Szene, in der die Völker sich gegen ihre getriebenen Herrscher erheben; die Herrscher rufen ihre Frontsoldaten zu Hilfe, diese aber marschieren unter dem Befehl der Internationale ihren Volksgenossen entgegen, um sich mit ihnen zu verbrüder. In Mägliger Flucht suchen die Fürsten Rettung vor ihren zur Erkenntnis gelangten „vielgetretenen Untertanen“.

Zweifellos ist die Kunstform von „Krieg und Frieden“, die die Massen selbst einbezieht in das Spiel, das nicht Spiel, sondern Auf-rüstung sein möchte, endlich „ernst zu machen“, nichts Willkürliches und Erklügeltes. Man spürt, wie das Ethos des Dichters notwendig auf diese Ausdrucksform verfallt, da sie in der Tat das eindringlichste Mittel zu wirksamer Welt- und Bewußtseinsbeeinflussung ist. Wenn es je eine „proletarische Kunst“ geben kann, dann ist sicher „Krieg und Frieden“ einer der bedeutungsvollsten Vorläufer dieser Kunst.

Die Ueberzeugungstreue Bodehofs. Also es ist am Strand gewesen in einem Fischerdorf und Ostseebad. Da hat meine Freundin, die in der Sozialdemokratischen Partei als Mitkämpferin nicht ganz unbekannt ist, einen Strandkorb stehen, der durch die aufgemalten Anfangsbuchstaben ihres Namens deutlich als Privateigentum gekennzeichnet ist. Gestern komme ich an den Strand, da sind in dem Strandkorb zwei gänzlich unbekannte junge Damen angelegentlich damit beschäftigt, sich ihrer verschiedenen Hülsen zu entledigen und sich für ein Bad im Meer vorzubereiten. Es gibt nämlich hier keine abgegrenzten Bodeanstalten, sondern im allgemeinen entleert man sich in kleinen hölzernen Buden, die den einzelnen Hausbesitzern gehören. Bild Bodehofs suchen sich eine Gelegenheit zum Ausleiden, und besagte zwei Damen hatten den Strandkorb meiner Freundin gewählt. Vor ihnen in einiger Entfernung stolziert ein Jüngling auf und ab, der eine grellrote Bodehofs trägt. Die eine der Damen ruft ihm zu:

„Hui, du hast ja solch rote Bodehofs! Man könnte dich beinahe für einen Sozialdemokraten halten.“

„Um Gotteswillen!“ ruft er zurück.

Ich hatte schon vorher die beiden Damen darauf aufmerksam gemacht, daß der Strandkorb Privateigentum sei und ich ihn benutzen wolle. Sie hatten indessen keine Miene gemacht, ihn zu verlassen. Deht sage ich:

„Wissen Sie auch, meine Damen, daß der Strandkorb, den Sie benutzen, einer begeisterten Sozialdemokratin gehört?“

Kaum habe ich dies gesagt, da ergreifen die beiden trotz des fragwürdigen Zustandes ihrer Toilette die Flucht ins Freie, weit fort von dem ominösen sozialdemokratischen Strandkorb.

Aber heute morgen habe ich sie wiedergesehen, alle drei, die Damen und den Jüngling. Sie entleiden sich im Schatten einer kleinen Holzbuude, und der Jüngling trug eine schwarz und weiß gestreifte Bodehofs. Die rote hatte er abgelegt.

Es ist doch schön, wenn man Ueberzeugungstreue ist bis zur Bodehofs!

Im „Karussell“. Die deutschen Brettl haben es nicht leicht heute-zutage, sie haben keinen Stil — wie die russischen mit ihrer dekorativen Kultur und dem volkstümlich-mustaftischen Gesamtcharakter (dem jeder heiße Zeitalter fehlt!). Borzügliche Einzelleistungen, aber weder ein sich steigender Aufbau im Programm — noch irgendeine innere Einheit. Bildschaulich, wie die Zeit, aber immerhin aus der Zeit, die glossiert, satirisch aufgespußt, verulkt wird. Zwischen Croix und Satire pendelt „Das Karussell“ am Kurfürstendamm, das von den russischen Vorgängern Ramen und Bolal, aber sonst nichts übernommen hat, stellt die Einheit durch seinen Einpfeiler, Publikumbesitzer, Zwischenakteur Lamberg-Paulsen her. Er ist in allen Saiteln der höheren Musikgattung gerecht und ein ziemliches Uebel (en grazie). Er würde uns gut und gern allein unterhalten, und man versteht nicht, warum er dazu noch eine Berliner Sängerin, hawaianische Gitarrenspieler, die oberbayerisch jammern, und die Jagd nach Wägen eines B. Jers bemüht. Der kleine Bogtler, der urkomisch einen Friiseur und eine Dame bei der Toilette so aus dem Handgelenk mimt, reizt schon eher, und die Ann Heulinger, die Jartes und Faches im Vagantkostüm singt, hat bestes deutsches Chansonblut. Wela Palzky bringt keine altbewährten feinen Kompositionen: eine raffige junge Sängerin Fiffi Mars, die alle Borzüge und einige Mängel der Jugend hat, schmertert und trallert sie hinaus. Benow, ohne gleichen in seinem Telephongespräch, hat's mit einem Devisenspieler zu tun, der endlich zum Sitzen gekommen ist. Sein entzündender Dämon und Schwächling in der Schlussnummer täuscht nicht darüber hinweg, daß diese Anleihe beim „Internen Theater“ geistlos ist.

Das Phonogramm-Archiv, das an der Berliner Staatsbibliothek angehängt ist und unter Leitung des Professors Wilhelm Doegen steht, ist bereits auf zweitausend Nummern angewachsen. Es enthält Sprachaufnahmen von 217 Völkern der Erde. Der Sprachforscher der Zukunft wird also nicht in der Lage sein wie der heutige Philologe, der zwar weiß, wie die alten Griechen, Römer usw. dekliniert haben, nicht aber mit Bestimmtheit sagen kann, wie sie ausgesprochen haben und wie die Sprachen klangen. Die Stimmen sind mit den vollkommensten Phonographen aufgenommen worden und geben die Laute und Klänge mit wunderbarer Klarheit wieder. Vieles ist von reisenden Gelehrten mitgebracht worden, einen großen Beitrag lieferten auch die Aufnahmen, die mit Kriegesgefangenen des letzten Krieges, Indern, Tataren und sonstigen Mosamedanern aus dem russischen Asien, Afrikanern und dergleichen gemacht wurden. Ebenfalls reichhaltig wie die Berliner Sammlung ist die, welche Professor Siegmund Egner in Wien angelegt hat. Auch dies Museum, in der Schwarzschanerstraße, besteht erst zwanzig Jahre und hat bedeutende

Eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Die Krankenversicherung droht unter dem Preisdruck der Arzneiproduzenten zusammenzubrechen. Die im Gebrauch weit verbreiteten Patentmedikamente, welche in der Hauptsache von den großen chemischen Konzernen hergestellt werden, unterliegen im Preise keiner beherrschenden Beschränkung. Die Folge davon ist, daß die Produzenten Goldmarkpreise auf der Dollarbasis verlangen, während die Einnahmen der Krankenkassen sich nach dem Lebenshaltungsindex richten, also weit hinter den Preisen zurückbleiben. Die Kosten für Arzneien, früher an vierter Stelle nach dem Krankengeld, den Krankenhauskosten und dem Arzthonorar, sind heute an erster Stelle unter den Ausgaben der Krankenkassen. Bei der Privatbehandlung spiegelt sich das Mißverhältnis darin, daß heute die Aufwendungen für den Arzt viel geringer sind, als diejenigen für Arzneien.

Aus der Uberteuuerung der Heilmittel erwächst den Kassen die Gefahr der Leistungsunfähigkeit, die Volksgesundheit ist bedroht. Die Goldpreise der Produzenten werden noch dadurch gesteigert, daß die Apotheken auf die Heilmittel einen Zuschlag von 75 Proz. nehmen, um dann ganze 10 Proz. Rabatt zu geben. Während nun jeder Privatmann in der Lage ist, beim Bezug von Waren den kapitalistischen Zwischengewinn durch genossenschaftlichen Zusammenfluß auszuschalten und sogar zur Gründung eigener Produktionsbetriebe überzugehen, sind die Krankenversicherungsanstalten nicht berechtigt, unmittelbar für ihren Bedarf zu sorgen. Zwar haben sie eine „Heilmittelvertriebsgesellschaft“, die sich mit der Herstellung von Arzneien befaßt. Diese muß aber ihre Produkte erst über die Apotheken mit 75 Proz. Zuschlag an die Krankenkassen leisten.

Das sind unhaltbare, veraltete Bestimmungen, die dazu führen, daß dem Privatmann nicht minder wie den Kassen die Arzneimittel unerschwinglich werden. Die große Zahl der nicht versicherten Familienmitglieder von Arbeitern ist einfach außerstande, bei lebensgefährlichen Frauenblutungen sich wirksame Gegenmittel, wie Lenolin für 3 Millionen oder Biquinon für 4½ Millionen Mark zu kaufen, oder Krüge mit Nitral für rund 5 Millionen die Packung zu behandeln. Am schlimmsten ist die Uberteuuerung des Salsarsans, dessen Monopolpreis von 3,75 Millionen für die Ampulle oder 37,5 bis 45 Millionen Mark für die ganze Kur die von zahlreichen Verätzen doch gerade von diesem Mittel erwartete wirksame Bekämpfung der volksgesundheitlichen Gefahr nahe zu unumgänglichkeit macht.

Was ist gegen diese ungeheure Gefahr der Unterhöhlung der Volksgesundheit durch die Monopolpreisgestaltung der Arzneimittelindustrie zu tun?

Die großen Heilmittelverbraucher, insbesondere die Krankenkassen, müssen auf die Preisbildung der Arzneimittel mitbestimmenden Einfluß erhalten. Es ist nicht notwendig, daß nur Goldpreise festgesetzt werden. Die großen chemischen Trusts, welche den Markt beherrschen, zahlen an ihre Arbeiter ja auch keine Goldlöhne. Ihre Bereicherung auf Kosten der Volksgesundheit ist eine solche Gefahr, daß sie nicht länger gebuldet werden darf. Erzwungen muß werden, ob die chemische Industrie nicht einen Teil ihrer riesigen Exportgewinne zur Verbilligung der wichtigen Heilmittel hergeben kann. Der Krankenversicherung muß das Recht gegeben werden, das jedem anderen Staatsbürger zusteht, nämlich die Verteilung und, wenn möglich, auch die Produktion der Arzneimittel für ihre Angehörigen selbst in die Hand zu nehmen, den verteuerten Zwischengewinn auszuschalten. Und wenn alle diese Maßnahmen nicht ausreichen sollten, so muß der Staat mit Zuschüssen einspringen, um die ohnehin durch Kriegs- und Nachkriegelend schwer betroffene Volksgesundheit zu schützen.

Es ist Gefahr im Verzuge, die zu raschen, entscheidenden Maßnahmen drängt.

Indisch-ungarischer Zwischenfall. An der Grenze wurde die Frau des ungarischen Gesandten in Prag festgehalten und verhaftet, obwohl sie Diplomatenpäß und diplomatisches Visum hatte. Sie wurde aus dem Zug gerissen, mißhandelt und in das Gefängnis geworfen. Erst durch Intervention eines Advokaten wurde sie am zweiten Tage freigelassen und ihre Weiterreise nach Prag gestattet.

Schätze an Sprach- und Musikplatten, darunter viele von den Eskimos, eine reiche Sammlung gälischer Platten aus Wales und der Bretagne, aus Indien, Neuguinea und aus anderen Ländern. Manche der phonographisch aufgenommenen Sprachen sind inzwischen schon ausgestorben. Von besonderem Reiz sind die Aufnahmen der Stimmen führender Persönlichkeiten aus Politik, Literatur, Kunst, Wissenschaft. Noch nach Tausenden wird man hören können, wie die Stimmen der „Großen“ und Berühmtheiten unserer Tage geklungen haben.

Geheimnisse der Fatale. In allen indischen Reisebeschreibungen findet man die Wundergeschichten, wie die Fatale mit gezähmten Giftschlangen umgehen, ohne von ihnen verletzt zu werden. In der Tat ist die Sache nicht so gefährlich. Gerade die Reptilien sind jeder Art von Dressur äußerst abgeneigt. Die gewöhnlichen Dressurmittel versagen bei ihnen. Hunger ertragen sie von Hause aus lange, gute Behandlung von Seiten des Menschen läßt sie kalt, und Züchtigungen kommen kaum in Frage. Die Musik hat einigen Einfluß auf die Tiere, auch lieben sie die Wärme; sie kommt es vor, daß Fatale, die eigentlich weiter nichts sind als Gattler, die Köpfe der Schlangen tapfer in den Mund nehmen. Die Schlangen lieben eben die Wärme des menschlichen Körpers. Die sogenannten Tanzbewegungen der Schlangen sind weiter nichts als natürliche Zuckungen, die der Zuschauer falsch deutet. Die giftigen Schlangen sind für den indischen Gaukler keine Gefahr. Er läßt die Schlange vor der Vorführung auf einen Fildedel beißen, so daß sie ihr Gift verzipriht; eine so entgiftete Schlange ist dann träge und beißt überhaupt nicht mehr. Manche Schlangen sind auch die Giftgähne überhaupt ausgebrochen, so daß sie dauernd unschädlich sind. Manche sogenannte Fatale sind auch infolge von Impfungen immun, so daß selbst wirkliche Bisse ihnen nicht mehr schaden; der Biß schmerzt wohl noch, vergiftet aber nicht. Magisch sieht es manchmal aus, wie die Schlange den Bewegungen des Fatales zu folgen scheint. In Wirklichkeit ist das Umgekehrte der Fall, der Fatale kennt seine Schlange und führt die Bewegungen aus, die er von der Schlange erwartet oder paßt sich ihr an. Optische Täuschung, Gutmütigkeit des Zuschauers und die Bereichlichkeit, sich verblüffen zu lassen, helfen bei all diesen Verführungen die Wirkung hervorbringen.

Die Eröffnung der Kroll-Oper wird — entgegen den Alarmnotizen einiger Blätter, die von einer Verdrückung ins nächste Jahr sabellen — mit aller Würde und Ehre im Laufe des Oktober stattfinden.

Porträte. Dienstag 8 Uhr spricht im Reichstags (Röthener Straße) der Brahmane Ninarajabasa aus Madras (Indien) über: „Die neue Basis der Zivilisation“.

Geopolitische Konstante ist in der Kritik vom Sonnabend aus mißverstanden worden. „Die rührt nicht, wie es dort heißt, jedem Schauspieler an die Hand“ — sondern sie brüht jeden Schauspieler an die Hand“. So will's u. h.

Der Kampf gegen die Vlutrasche. Die Kommission zur Aufhebung der Vlutrasche unter den lausitzischen Bergleuten hat in 1913 ihre Arbeit beendet. Nach der fortan geltenden Bestimmung werden die unerschwinglichen Parteien vor das ordentliche Gericht verwiesen. Alle die sich eines Verbrechens der Vlutrasche schuldig machen, werden als Verbrecher gegen die Staatsordnung Somerslands betrachtet und der Staatlichen Volkstischen Verwaltung (früher Zehnte) überantwortet.

Gewerkschaftskommission und Generalstreik.

Die am Donnerstag von den Kommunisten gesprengte Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des AFA-Ortsartells nahm nunmehr in einer erneut einberufenen Plenarversammlung Stellung zu den Vorgängen anlässlich des Generalstreiks.

Sabath begründete die Haltung der Gewerkschaftskommission: Jeder wird verstehen, wenn in erregten Zeiten Dinge passieren, die in normaler Zeit unmöglich sind. An den wirtschaftlichen Zuständen sind die politischen Verhältnisse schuld, herausbeschworen durch die Sünden des verflorenen Kabinetts Cuno. Keine Partei und Gewerkschaft, selbst nicht die Delegationen der Arbeiterkammer im Reichstag, forderten bis zum Sonnabend früh den Generalstreik. Die „spontane Massenbewegung“ wurde erst durch einen Artikel der „Rollen Fahne“ am Sonnabend entzündet, was gleichzeitig das Signal für den Streikbeschluss in der Betriebsräterversammlung des Fünfzähler-Ausschusses war.

Die Gewerkschaftskommission hat schon vor Wochen und Monaten die Forderungen der Arbeiter der Regierung vorgetragen, aber wir sind gegangen

nicht als Bittende, sondern als Fordernde.

Die Kommunisten sind in diesen Verhandlungen absolut nicht energischer aufgetreten als wir, und unsere Forderungen haben sie sich ohne weiteres angeschloßen. Nur in der Gewerkschaftsvorstandskonferenz im Reichstag haben Maslow und Ruth Fischer ihren Getreuen neuen revolutionären Mut eingepumpt, der bis zum Generalstreikbeschluss am Sonnabend vorhielt. In dieser Vorstandsbesprechung ist auch von den Gewerkschaften der Rücktritt Cunos gefordert worden. Am Sonnabendabend war die Regierung erledigt, ohne daß der bis dahin kaum in die Erscheinung getretene Generalstreik dazu beigetragen hätte. Wenn jetzt als Haupterfolg der ganzen Aktion der Sturz der Regierung Cuno hingestellt wird, so schreibt man sich einen Einfluß auf den Regierungswechsel zu, der in Wirklichkeit nicht vorhanden war. Gerade der Generalstreik war dazu angetan, der verflorenen Regierung das Leben künstlich zu verlängern. Sie hätte sich dem Bürgertum gegenüber als Retter vor bolschewistischen Staatsformen aufspielen können.

Die Stellung der gewerkschaftlichen Instanzen war aus der Sachlage gegeben. Dem

Generalstreikbeschluss konnten wir uns nicht anschließen.

wenn wir nicht den Fünfzähler-Ausschuss, dieser AFA-Erfindung, legalisieren wollten. Aber auch unsere innerste Ueberzeugung sagte uns, daß durch ihn weder der Zahlungsmittelnot noch dem großen Mangel an Lebensmitteln abgeholfen wird. Wenn Rotenbruder und Eisenbahner feiern, haben auch die schönsten Kontrollauschüsse nichts zu tun. Wem ist die Fünfzähler-Kommission verantwortlich? Bestingt ihre Aktion, ist sie der Held des Tages; brechen aber Generalstreik und „Massenaktion“ deswegen zusammen, weil sich eine Massenbewegung nicht mit dem Gummihüpfel und Schlagring machen läßt, so ist nichts zu merken; sie sinken in ihre Verantwortungslosigkeit zurück. Die Gewerkschaften und ihre geschwächten Bonzen müssen den Trümmerhaufen fortäumen, der zurückblieb. Noch jetzt haben wir am Biederbau der durch die kommunistischen Aktionen geschwächten Arbeiterbewegung in Mitteldeutschland zu tun. Wir wären Verbrecher an den Gewerkschaften ge-

wesen, hätten wir nicht von vornherein den Generalstreik abgelehnt. Unser Vorgehen war von Verantwortungsgefühl getragen; wir haben nicht nach dem Gefühl, sondern mit ruhiger, kühler Ueberlegung gehandelt.

In der anschließenden Aussprache versuchten die kommunistischen Delegierten alle Schuld am Zusammenbruch des Streiks den Gewerkschaften zuzuschreiben. Ihre Anschuldigungen wurden aber von den Genossen Heinig, Heumann, Schiemann und Behler zurückgewiesen. Heinig rechnete besonders mit dem Goldlochwindel der AFA, ab. Allerdings sei es leicht, mit solchen Klagen Anhänger zu fangen. Schiemann meinte, daß mit solchen Revolutionären, wie dem Eisenbahner Schmiede nicht viel anzufangen sei, der den Streikaufruf der kommunistischen „Gewerkschaftsführer“ mit unterschrieb, dann aber tapfer auf seiner Dienststelle blieb (von der Behörde Bezahlung für seine Tätigkeit verlangte). Bevollmächtigter Behler vom Eisenbahnerverband wies treffend nach, daß die „spontane Bewegung des Generalstreiks“ bei der Eisenbahn mit allen Kunstmitteln erzeugt wurde. Noch am Dienstag früh erklärte der kommunistische Betriebsrat der Hauptwerkstätte II den Einfluß begehrenden Arbeitslosen, daß er kein Recht habe, sie einzulassen. Er habe auch für Ruhe und Ordnung im Betriebe zu sorgen!

Folgende Resolution wurde von der großen Mehrheit der Delegierten angenommen:

Die gemeinsame Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und des Ortsartells des AFA-Bundes billigt die Haltung und die Maßnahmen der beiden örtlichen Spitzenorganisationen bei dem von unverantwortlichen Stellen inszenierten Streik.

Die Plenarversammlung richtet an die Mitgliedschaften der angeschlossenen Verbände die dringende Forderung, allen derartigen Aktionen den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Versammlung verurteilt auf das schärfste den Disziplinbruch derjenigen Organisationen, die unter Nichtachtung der Beschlüsse der Vorstandskonferenz und der örtlichen Spitzenorganisationen zur Beteiligung an der Aktion aufzufordern.

Die Plenarversammlung beauftragt den Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission, eine sofortige Untersuchung durchzuführen und behält sich vor, je nach dem Resultat dieser Untersuchung die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Die Plenarversammlung beauftragt die örtlichen Spitzenorganisationen, gemeinsam mit dem AFA-Bund und dem AFA-Bund alle notwendigen Schritte und Maßnahmen zu unternehmen, um die von ihnen aufgestellten Forderungen schnellstens zur Durchführung zu bringen.

Die Versammlung fordert, daß die Berliner Gewerkschaften dafür eintreten, die Deistung aller Betriebe, die zurzeit noch aus Anlaß des Streiks stillgelegt sind, herbeizuführen. Sie erwartet von den Verbänden, daß sie für die Mitbetroffenen dieser unverantwortlichen Aktion eintreten.

Die Kommunisten stimmten gegen die Resolution, sogar gegen die beiden Abzüge, die sich gegen Maßregelungen und für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen ausprägten.

An das besetzte Gebiet!

Ein Aufruf des neuen Ministers.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Fuhs erläßt folgenden Aufruf:

An die Deutschen an Rhein und Ruhr! In schwerster Not bin ich dem Ruf des Herrn Reichspräsidenten gefolgt und habe, gestützt auf das Vertrauen der Volkserwählung, das Amt als Reichsminister für die besetzten Gebiete angetreten. Die Schaffung des neuen Ministeriums soll, wie der Herr Reichskanzler in seiner Antrittsrede feierlich erklärt hat, den besetzten Gebieten zeigen, daß ihre Interessen besonders pfleglich behandelt werden. Durch meine Abstammung und bisherige Tätigkeit mit dem Rheinland eng verknüpft, werde ich auch in der neuen Stellung meine ganze Kraft daran setzen, der in unsäglicher Bedrängnis um die Zukunft des Vaterlandes ringenden Bevölkerung zu helfen, ihrer Not zu steuern, ihre Leiden zu lindern. Ich bitte, das Vertrauen in mich zu setzen, doch nichts unversucht bleiben wird, um das der Bevölkerung auferlegte schwere Geschick zu erleichtern. Die nicht abwendenden Leiden wollen wir gemeinsam tragen und uns vereinen in der Hoffnung, daß der Tag, der uns einen gerechten Ausgleich bringen muß, der uns Ruhe und Frieden und dem bedrohten Europa die Möglichkeit des Wiederaufbaues geben wird, nicht mehr allzu fern ist. Je schwerer die Zeit und je größer die Not, um so fester weiß ich die Treue der besetzten Gebiete zum Reiche und zu den Ländern. Mit dieser Gewißheit übernehme ich mein Amt.

Neue Strafverurteilung Degouttes.

Paris, 18. August. (WZ.) Nach einer Haas-Nachricht aus Düsseldorf hat zur Verhinderung von Sabotageakten in Fabriken, Gruben usw. General Degoutte einen sofort in Kraft tretenden Erlass veröffentlicht. Darin wird in allen industriellen Unternehmungen des Ruhrgebietes, welche für Lieferung auf Reparationskonto nach dem Verfallter Vertrag in Frage kommen, insbesondere in Kohlengruben und Kokerien jede Zerstörung, jede Fortnahme, jede Umänderung der Einrichtungen, welche die Produktionsfähigkeit verhindern oder die Qualitäten der Produkte verändern könnten, verboten und Zurückhandlungen werden an dem Täter und den verantwortlichen Direktoren oder Oberbeamten der betreffenden Unternehmungen mit Gefängnis bis zu 20 Jahren und Geldstrafe bis zu 500 000 Goldmark (!) oder einer dieser Strafen geahndet. Die Beauftragten der französisch-belgischen Ingenieurkommission sollen das Recht haben zur Feststellung etwaiger Veränderungen alle Teile der Industrie-Unternehmungen zu besuchen und alle Pläne sowie Zeichnungen und Dokumente, die darauf Bezug haben, einzusehen. Falls die Beauftragten behindert oder ihnen die Dokumente nicht vorgelegt werden, werden die Direktoren oder die Personen, die direkt beteiligt sind, mit Gefängnis bis fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 500 000 Goldmark oder mit einer dieser Strafen belegt, ebenso Versuch, Befehl, Unterdrückung oder Begünstigung.

Die Geldnot als Kampfmittel.

Die Rheinlandkommission hat beschlossen, die Millionenheine der Reichsbahnverwaltung ohne Entschädigung der Besitzer beschlagnahmen und vernichten zu lassen. Die Engländer wenden diese Verordnung nicht an.

Befahrungsurteile.

Mainz, 18. August. (WZ.) Das französische Militärpolizeigericht verurteilte 18 Personen, die ohne französische Genehmigung mit Kraftfahrzeugen in Rheinbesetzen verkehrten, zu insgesamt 68 Millionen Mark Strafe. 16 Personen aus dem unbesetzten Gebiet, die auf Schleichwegen eingereist waren, wurden zu Gefängnisstrafen von 5 bis 45 Tagen verurteilt. Wegen Ubertretung des Nachtverkehrsverbots wurden 28 Personen aus Worms und Kreuznach zu Strafen von 100 000 bis 3 Millionen Mark verurteilt.

In Landau wurde der Oberbürgermeister Dr. Weiß aus Ludwigschafen freigesprochen. Er war angeklagt, den passiven Widerstand dadurch unterstützt zu haben, daß er Gelder für Autofahrten von der Reichsregierung zurückzuhalten versuchte. Die Angeklagten der Rhein-Hardt-Bahn Gottfried und Wilhelm Schäfer wurden wegen versuchten Verbringens von goldplündernden Waren ins unbesetzte Gebiet zu 60 bzw. 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. In den Straßenbahnmagen, die sie über die Rheinbrücke Mannheim-Ludwigschafen fahren wollten, befand sich Zement und Hafer.

Deutschland und Rußland.

Der russische Botschafter beim Reichspräsidenten.

WZ. meldet: Der Reichspräsident empfing heute im Besien des Staatssekretärs Freiherrn v. Malhan den russischen Botschafter Krestiniski, der als nunmehriger Vertreter des Bundes sozialistischer Sowjetrepubliken (Rußland, Ukraine, Weißrussland, Transkaukasien) sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Der Botschafter gab in seiner Aussprache der Erwartung Ausdruck, daß ihm dieselbe wohlwollende Unterstützung in seiner neuen erweiterten Tätigkeit zuteil werde, die er während seiner zwijährigen Wirksamkeit in Berlin gefunden habe. Der Reichspräsident begrüßte in seiner Erwiderrungsansprache den neuen Bund mit dem Wunsch, daß die neue staatsrechtliche Form dem Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland förderlich sein möge.

Der Reichspräsident hat gestern auch den japanischen Botschafter Hioki empfangen, der sich zu längerem Aufenthalt nach Japan begibt.

Wie lange noch Notenwechsel?

Eines schönen Tages mündliche Aussprache.

Paris, 18. August. (EE.) Ueber die französische Antwort auf die englische Note teilt der „Antirassigant“ mit, die Note werde am Montag dem englischen Kabinett übergeben, aber erst am Freitag oder Sonnabend veröffentlicht werden. Auch Italien und Japan würden Noten nach London senden. Auf diese Noten werde England wieder antworten, bis eines schönen Tages die Ministerpräsidenten den Notenwechsel fast hätten und zusammenkommen würden, um sich mündlich auszusprechen. Später würde dann auch Deutschland zu einer solchen Aussprache hinzugezogen werden.

Paris, 18. August. (WZ.) Wie der „Temps“ aus Brüssel meldet, stellt die französische Note das letzte Wort dar und den alleräußersten Vergleich, zu dem Frankreich bereit wäre. Von den 25 Milliarden Goldmark, die Frankreich bekommen müßte, würde nicht ein Sous ausgegeben, wenn nicht gleichzeitig die Schulden Frankreichs an die übrigen Alliierten gestrichen würden. Weiter stelle die Note fest, daß Frankreich im Ruhrgebiet bleiben werde, weil es im Gegensatz zu der englischen Ansicht dies als das einzige Mittel betrachte, um den Deutschen den Willen zur Zahlung einzuschärfen.

Brüssel, 18. August. (EE.) Der französische Botschafter überreichte heute mittag dem Außenminister Jospin den Entwurf der Antwort der französischen Regierung an England. Die Note der belgischen Regierung ist noch nicht fertiggestellt. Wie es heißt, wird Belgien jedoch keinen Protest gegen den englischen Standpunkt, der sich gegen eine Beibehaltung der belgischen Prioritäten auf die deutschen Zahlungen ausspricht, ausdrücken. Belgien vertrete die Ansicht, daß einmal getroffene Abmachungen auch ihre Gültigkeit behalten müssen. Abgesehen davon werde aber die englische Note die zum ersten Male ein Urteil über die Höhe der englischen Forderungen gestatte, als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen betrachtet. Belgien werde dementsprechend auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Alliierten zur erfolgreichen Regelung des Reparationsproblems hinweisen und im übrigen an die von Theunis und Jospin bei früheren Gelegenheiten ausgearbeiteten Reparationsprojekte erinnern. Der Text der belgischen Note wird dem französischen Kabinett zur Kenntnis übermitteln und wahrscheinlich am Dienstag nach London übersandt werden.

Ein neues französisches Bombenflugzeug, das einen Motor von 600 Pferdekraften hat, einen Torpedo von 700 Kilogramm Gewicht abwerfen kann, und 3360 Kilogramm wiegt, hat beim Versuch eine Geschwindigkeit von 199½ Kilometer erreicht.

Gewerkschaftsbewegung

An die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes!

Angeklagt infolge der Lohnfestsetzungen für die letzten Wochen haben eine Reihe von Buchdruckprinzipalen ihren Personalen erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, ihre Betriebe fortzuführen und deshalb zur Schließung schreiten müßten. Auch haben Bezirksgruppen der gewerblichen Arbeitervereinigungen Anweisung dahingehend erlassen, niedrigere Löhne zu zahlen bzw. die Betriebe einzuschränken oder ganz zu schließen und den Personalen zu kündigen.

Diese Maßnahmen verstoßen sowohl gegen die rechtskräftig von den Vertragsorganisationen abgeschlossenen Tarife und Lohnverträge, als auch gegen die Demobilisierungsvorschriften. Wo ohne Verkürzung der Arbeitszeit zur Betriebsstilllegung gefährdet wird, ist dagegen sofort beim Demobilisierungskommissar auf Grund der Verordnung über Stilllegung von Betrieben vorzugehen. Von einzelnen Prinzipalen wird auch versucht werden, mit den einzelnen Arbeitnehmern oder ganzen Personalen untertarifliche Löhne zu vereinbaren. Das ist abzulehnen und die Arbeit zunächst fortzuführen; niedrigere Löhne sind nur unter Vorbehalt anzunehmen und Lohnklagen beim zuständigen Gewerbeamt anhängig zu machen.

Die Organisationsvorstände.

Die Berliner Buchdruckereibesitzer

haben — wie W.Z. meldet — in ihrer Vollversammlung mit Bestürzung von dem Ausmaß der neuen Löhne Kenntnis genommen. Die Versammlung sieht keine Möglichkeit, die notwendigen Mittel dafür aufzubringen. Deshalb, und weil es ferner unmöglich ist, zu den nunmehr notwendigen Preisen noch Aufträge zu erhalten oder Verlagswerke abzusetzen, empfiehlt die Versammlung auch aus moralischen Rücksichten gegenüber den Arbeitnehmern, schon heute die Arbeitszeitverkürzung anzulegen. Wo Arbeitszeitverkürzung nicht den nötigen Ausgleich geben würde, muß die Schließung der Betriebe, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, vorbereitet werden.

Es ist recht auffällig, daß diese „Bestürzung“ sich erst jetzt geltend macht, nachdem vor einer Woche der Streik durch die neuen Lohnvereinbarungen beigelegt worden ist.

Auch die Remscheider Buchdruckereien erklärten, sie läßen sich infolge der Löhne der Buchdrucker gezwungen, ihre Betriebe auf das allernötigste einzuschränken. Die W.Z.-Redaktion schreibt: „Da die Inhaber die Löhne nicht mehr zahlen können, wurden die Gehilfen der öffentlichen Fürsorge überwiesen, soweit sie nicht durch einkaufende Aufträge beschäftigt sind.“

Ausperrung bei Scherl.

Am Sonnabend hatte die Streikleitung eine Versammlung des ausgesperrten Personals nach den Zentral-Hörsälen einberufen, um Stellung zu einem Vergleichsvorschlag zu nehmen, der in einer Verhandlung am Freitag unter Vorbehalt eines Unparteiischen ausgesprochen worden war. Dieser Vorschlag betraf: 90 Proz. des Personals sind unter den alten Bedingungen wieder einzustellen; die restlichen 10 Proz. sollen nach Eignung und Bedarf im Laufe der nächsten drei Monate wieder eingestellt werden, soweit sie sich dann noch nicht in anderer Stellung befinden. Diese 10 Proz. sollen von einer Kommission, die aus Vertretern der Organisationen, der Geschäftsleitung und drei Mann des Personals, welche aber keine Arbeiterratsmitglieder sein dürfen, ausgewählt werden.

Nach dem Bericht aller Unterhändler habe ein Vertreter der Geschäftsleitung erklärt, daß sie lieber in Ehren untergehen wollen als nachzugeben, und so das alte Verhältnis im Hause Scherl wieder einzuführen zu lassen. Dem Personal werde zugemutet, unter Verzicht auf alle, selbst mit Organisationen vertraglich abgeschlossenen Rechte nach willkürlicher Einteilung durch die Geschäftsleitung bedingungslos die Arbeit aufzunehmen. Auch aus Neuherungen von anderen Prinzipalvorsitzenden gehe hervor, daß man die Belegschaft des Hauses Scherl für alle Fälle von Beurlaubung des Buchdruckgewerbes verantwortlich macht, so daß die gesamten Prinzipale geschlossen hinter der Firma Scherl stehen. Dies zeige, daß eine Niederlage des Personals Scherl gleichbedeutend mit einer Schlappe der gesamten Buchdrucker und darüber hinaus der allgemeinen Arbeiterschaft sei.

Sämtliche Diskussionsredner forderten unter stürmischem Beifall zum einmütigen Zusammenhalten auf. Unter Ruf von der Entrüftung wurde besonders der Satz des Einigungsvorschlages bekräftigt, welcher drei Kollegen zumutet, mitzuwirken, 10 Proz. ihrer eigenen Arbeitskollegen zur Entlassung zu bringen. Der Vergleichsvorschlag wurde von der überfüllten Versammlung einstimmig abgelehnt und nachstehende Resolution angenommen:

„Das ausgesperrte Personal der Firma Scherl G. m. b. H. lehnt den Vergleichsvorschlag, welcher die Wahrung von zehn Prozent der Belegschaft vorsieht, ab. Es erwartet von den Organisationen, daß diese es in ihrem Kampf mit allen Mitteln unterstützen. Der Geschäftsleitung ruft es zu, ihren Herrenstandpunkt aufzugeben, wenn sie nicht alles auf das Spiel setzen wollen. An der Geschlossenheit und Einigkeit der gesamten Kollegenschaft wird ihr Vorhaben scheitern.“

Die eingeleiteten Sammlungen haben bis jetzt den Betrag von über 600 Millionen Mark ergeben.

Die Streikleitung appelliert an die Kollegen- und Arbeiterschaft, durch weitere Unterstützungen dafür zu sorgen, daß der Kampf zum siegreichen Ende geführt wird.

An die graphische Arbeiterschaft!

Die Buchbinderarbeiterschaft der reinen Buchbindereien sucht seit dem 10. August im Kampf um Erlangung menschenwürdiger Löhne. Der Kampf wird ohne jede materielle Unterstützung geführt. Trotzdem ist der Kampfgeist ungebrochen.

Wir erheben die gesamte graphische Arbeiterschaft, diesen Kampf ihrer Arbeitsbrüder nun auch materiell zu unterstützen. Deshalb gibt die Streikleitung Sammelstellen heraus, die hier auf unserem Drisbureau, Gewerkschaftshaus, Engelauer 24 II, Zimmer 39/41, abgeholt werden können.

Graphische Arbeiter! Gebt schnell und reichlich! Denn unser Kampf ist auch Euer Kampf! Montag 3 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses Versammlung aller Streikenden. Die Streikleitung.

Strafbefehle gegen Streikposten.

Die Streikposten sind der Polizei und der Justiz noch immer ein Dorn im Auge; wo man sie packen kann, werden sie gefaßt. Vom 16. bis 22. Mai 1923 stand das Berliner Konditoreipersonal im Streik, und wie allgemein üblich, standen vor den Geschäften Streikposten mit Plakaten, die folgende Aufschrift hatten:

„Achtung! In dieser Konditorei steht das Personal im Streik.“
Jetzt nach vier Monaten erhielten die Streikposten auf Antrag der Staatsanwaltschaft Strafbefehle über 100000 Mark, weil sie mit diesen Plakaten ausgerüstet waren. Ausgefertigt ist der Strafbefehl am 6. August und unterzeichnet von Dr. Landmesser, Amtsgerichtsrat.

Die Staatskasse profitiert dabei sicherlich nicht. Wieviel Beamte waren in diesen vier Monaten damit beschäftigt, bis die Streikhüter endlich ihre Strafbefehle des alten preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1857 bekamen? Man hört wohl, es soll auf allen Stellen gesperrt werden, aber man merkt nichts davon.

Kommunistische Berichtigungsaktion.

Wir würden uns nicht wundern, wenn uns morgen auf Grund des § 11 des Preßgesetzes eine „Berichtigung“ aus der KPD-Zentrale zugeht, daß sie noch niemals Gelder aus Moskau oder Rußland erhalten habe; daß sie noch niemals weder direkt noch indirekt einen Putsch oder einen Generalstreik inszeniert habe, daß ihre Betreuer noch niemals ein Gewerkschaftshaus, ein Gewerkschaftsbureau, eine Gewerkschafts- oder eine Parteiversammlung der SPD. überfallen und gesprengt, noch niemals Gewerkschaftsführer bedroht und tödlich angegriffen hätten und in den Betrieben

USPD. - Betriebsvertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre!

Montag, den 20. August, abends 7 Uhr, in den „Sophienjäten“
Sophienstraße 17-18

Wichtige Versammlung

Tagesordnung:

Der kommunistische Generalstreik und unsere nächsten Aufgaben. Referent: Genosse Kurt Heintz.

Jeder Betrieb muß vertreten sein. Parteimitgliedsbuch und Funktionärsausweis legitimiert. Der Bezirksvorstand.

nach niemals unternommen haben, die Belegschaft zu terrorisieren, nichtkommunistische Arbeiter zu bedrohen und zu mißhandeln und Gewerkschaftsmitglieder der Amsterdamer Richtung von der Arbeitsstelle zu verdrängen. Denn nach der Lehre des alleinsetzenden Bolschewismus ist gegen Nichtbolschewisten, insbesondere aber gegen „Menschenweiser“ und „Amsterdamer“ alles erlaubt, Verschweigung der Wahrheit und Lüge geboten.

Zu den Berichtigungen der Herren Czerny und Reinschmidt kommen zunächst zwei weitere.

In Nr. 377 des „Vorwärts“ gaben wir als „Ein Beispiel von vielen“ ein kleines Stimmungsbild aus den Umst.-Werken in Johannisthal. Die Berichtigung des Arbeiterrats (gez. Ernst Krüger und Dober) stellt:

1. Ist, daß im Umst.-Werk nicht der Fünfzehner-Ausschuß der kommunistischen Betriebsräte aus der Taufe gehoben wurde, sondern der Fünfzehner-Ausschuß der Betriebsräte, von dem als „einem kommunistischen Fünfzehner-Ausschuß“ absolut nicht die Rede sein kann.

2. wird zugegeben, daß es bedauerlicherweise zu Zusammenstößen unter den Arbeitstellengen gekommen ist.

Die „Berichtigung“ sucht diese Tatsache zu beschönigen und durch das Verhalten der SPD-Kollegen zu erklären. Diese seien nur mit etwa 20 Mann von 1800 Arbeitern im Werk vertreten und arbeiteten fast sämtlich in der Abteilung Werkzeugbau und Dreherei. Sie zeichneten sich dadurch aus, daß sie sich gegen sämtliche Belegschaft der Belegschaft stellten. Die gesamte Belegschaft der übrigen Abteilungen betrachtete sie „nicht mehr als ehrliche Klassenkämpfer, sondern als Vertreter der Klasseninteressen“.

Die anmutige „Berichtigung“ auf Grund § 11 des Preßgesetzes schildert dann, wie man diese „Klassenverrat“ „zur Solidarität aufforderte“; jedoch erklärten diese, so etwas nicht mitmachen zu können. Darauf passierte das Uebliche, was sich abspielt, wenn Streikbrecher aus einem Betriebe geholt werden. (1) Hierbei ereignete sich der bedauerliche Unfall eines Kollegen, der sich dadurch, daß er auf eine nicht in Betrieb gehaltene Maschine fiel, den kleinen Finger abstammte (1). Von Appenbrüchen ist nach Rücksprache mit dem Konsilium im Betrieb nichts bekannt.

Der Berichtigung liegt eine mit sieben Unterchriften versehene Erklärung von Lehrlingen bei, wonach sie, „als die Kollegen der übrigen Abteilungen des Umst.-Baugewerks die Halle 14 (Werkzeugbau und Dreherei) zur Solidarität aufforderten, weder geschlagen, noch mit Füßen getreten wurden“.

Diese Erklärung ist den Lehrlingen von dem Arbeiterrat formuliert zur Unterschrift vorgelegt worden. Wir müssen daher die Frage aufwerfen: Sind die Lehrlinge des Umst.-Baugewerks Johannisthal noch nie, auch nicht bei irgendeiner anderen „Aufforderung zur Solidarität“ geschlagen und geirrt worden? Hat man ihnen noch nie in „fälschlicher“ Weise „die Solidarität“ mit den Kommunisten beigebracht?

In Nr. 379 des „Vorwärts“ gaben wir einer Zuschrift über die „Kommunistische Betriebsrätepraxis“ Raum. Der „Koten Fahne“ hat diese Gegenüberstellung derart auf die Kerden, daß sie sich zu einer selbst bei ihrem Niveau ungewöhnlich ordnaren Beschimpfung der „Vorwärts“-Redakteure hinreihen ließ. Dazu berichtet nun der kommunistische Betriebsrat Emil Boudé, bei der Firma Domolos u. Bach, „es ist nicht wahr, daß ich ... ein Angebot auf Einführung von Indertälern, die sich fast genau mit den bekannten Forderungen des Fünfzehner-Ausschusses decken, abgelehnt habe.“ Dem Betriebsrat habe der Unternehmer ein Angebot gemacht, das als Berechnungsgrundlage den Index des statistischen Reichsamtes vorliege (den die Firma im Gegensatz zum Index der „Koten Fahne“ als Index des „Vorwärts“ bezeichnete, D. Red.).

Dem Betriebsrat seien fernerlei schriftliche Unterlagen gegeben worden, die sich mit dem „kapitalistischen Angebot“ decken, das in Nr. 378 des „Vorwärts“ vom 15. August 1923 den Forderungen des Fünfzehner-Ausschusses der Berliner Betriebsräte gegenübergestellt ist.

Die Berichtigung geht an dem Kern der Sache vorbei. Wurden 60 Pfennig als Mindestlöhne angeboten oder nicht? Hat der Betriebsrat diese Forderung der Kommunisten angenommen oder abgelehnt?

In beiden Fällen können die Tatsachen, auf die es hauptsächlich ankommt, nicht hinwegberichtigt werden.

Konflikt im Textilgroßhandel.

(Samt- und Seiden-, Baumwoll-, Leinen- und Fiedersstoffbranche.)

In einer außerordentlich hart besetzten Versammlung der Angestellten obiger Branchen, in der Publik vom Zentralverband der Angestellten den Bericht über die letzte Verhandlung mit den Arbeitgebern gab, kam der Unwille der Angestellten über die Brückierung der Tarifkommission durch die Arbeitgeber und die Ablehnung jeglicher Erhöhung der Gehaltsbezüge in außerordentlich scharfer

Form zum Ausdruck. Sonnabend früh nahmen die Angestellten in den verschiedenen Betrieben scharf gefühlte Entschlüsse an, in denen die Unternehmer aufgefordert werden, angemessene Gehälter zu bewilligen, wenn nicht Komplikationen eintreten sollen. Der Jd.M. wird darin ersucht, noch einmal an den Arbeitgeberverband heranzutreten, um schleunigst Verhandlungen herbeizuführen. Sollten die Arbeitgeber auch jetzt eine angemessene Erhöhung der Gehälter ablehnen, dann wird das der Funke sein, der das Pulverfaß zur Explosion bringt. Die Arbeitgeber sind gewarnt; sie müssen daraus lernen.

Achtung, Arbeiter der chemischen Industrie!

Die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie am Donnerstag über die Festsetzung der Löhne für die Woche vom 15. bis 21. August führten zu keinem Ergebnis. Die Verhandlungskommission hat das Bezirksarbitrium angerufen.

Bereinstimmte wurde, daß für die Woche vom 15. bis 21. August am Montag, spätestens Dienstag, ein Fortschritt für Arbeiter über 20 Jahre von 6 Millionen Mark, für Arbeiter und Arbeiterinnen über 17 Jahre von 4 Millionen Mark, für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von 3 Millionen Mark gezahlt werden soll. Verband der Fabrikarbeiter, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Im Bund der technischen Angestellten und Beamten sprechen am Dienstag abend Kuffauer und Schweiher über die allgemeine Lage. (Näheres im Inserat.)

Lohnregelung für die Bau- und Geldhändler. Die Lohnzulage beträgt 80 Proz. Der Lohn für die Jugendlichen von 14 bis 15 Jahre 60 000, von 15 bis 16 Jahre 80 000, von 16 bis 17 Jahre 100 000, von 17 bis 18 Jahre 130 000 M. Mit über 18 Jahren werden die Löhne um 80 Proz. erhöht. Facharbeiterzulage: Junggefeilen und Helfer 14 000, Selbständige und Kolonnenführer 20 000, Geldhändlermonteure 28 000 M. Für Bauanschläger beträgt der Lohn 384 000 M. Die Akkorde werden auf das 408 000fache erhöht. Ulrich.

Neue Tapeziererlöhne. Durch Spruch des Schlichtungsausschusses wurde der Lohn für die Zeit vom 10. bis 17. August für Junggefeilen festgelegt auf 1508 000 M. Letztere Gehilfen erhalten 243 000, geübte Näherinnen 172 480, und ungeübte Näherinnen 120 640 M.

Lohnvereinbarung in der Lederwarenindustrie. Nach zweimaliger Verhandlung wurde der Lohn der Portiermeister, Tischner, Koffermacher und Geschirrführer der Fabrikbetriebe festgesetzt für die Lohnwoche vom 11. bis 17. August auf 300 000 M. Hilfsarbeiter bekommen 273 000 und Stepperinnen 204 000 M. Lehrlinge erhalten im ersten Jahr der Lehre 1350 000, im zweiten Jahr 1650 000, im fünften Halbjahr 2100 000 und im sechsten Halbjahr 2250 000 M. Die Erhöhung beträgt 196 Proz. und ist zu zahlen an alle Zeitlohn- und Akkordearbeiter ohne Unterlass der Höhe des Verdienstes. Blume.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Abgeführte Streikgelder am 18. August (in Millionen): Ullstein 5 à Conto, Buchbinder 1 15, Schnittmuster 156 und 0,3, Eisner 43, Holzarbeiter-Zeitung 3 und 19, Koll. Frenzel 1, H. S. Hermann (Nachschicht) 45 à Conto, H. Eid u. Friedländer 4.

Achtung, USPD-Kollegen der National-Registrierkassen Reinhold und Berlin, Rappiner Straße. Dienstag nachmittags 12 Uhr wichtige Fraktionsversammlung in Reinhold bei Reintz, Bernau. Jede Erwerbskarte: „Die Lehren des letzten Streiks“. Ref. Gen. Zimmermann. Sympathisierende Kollegen dürfen eingeführt werden. Der Fraktionsvorstand.

Achtung, USPD-Altgenossen der USPD-Betriebe! Dienstag abend 8 Uhr Versammlung im Sophien-Gewerkschaftshaus, Engelauer Straße 15. Stellungnahme zur verfallenen Bewegung. Parteimitgliedsbuch legitimiert. gez. Krüger, gez. Dober.

Achtung, Schulmeister (Rudolf u. Handwerker.) Dienstag nachm. 5 Uhr im Sitzungssaal des Holzarbeiterverbandes, Angelstr. 10, wichtige Sitzung aller Kollegen der Amsterdamer Richtung. Parteibuch legitimiert. Sympathisierende dürfen eingeführt werden. Der Fraktionsvorstand der USPD.

E. Zwietsch u. Co., Charlottenburg. Dienstag nachmittags 4 Uhr bei Reintz, Bernau, USPD-Mitgliederversammlung. Alle USPD-Mitglieder der Firma müssen vertreten sein. Mitgliedsbücher müssen mitgebracht werden. Der Fraktionsvorstand.

Beauftragte Holzarbeiterverband, Rappinerstraße! Montag abend 7 Uhr im Arbeitersaal, Angelstr. 10, Branchenermittlung, Branchengemeinschaften und Organisationsfragen. Die Branchenermittlung. Sachmann.

Zentralverband der Schuhmacher. Montag 4 1/2 Uhr Branchenermittlung der Schuhmacher, Danziger Str. 51. — Um 7 1/2 Uhr Branchenermittlung der Schuh- und Reparaturbranche im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer Str. 15. Ausgabe der neuen Lohnsätze.

USPD-Mitgliederversammlung, Kadgruppe Gesundheitsfürsorge. Montag abend 7 1/2 Uhr im Reichsklub (Reintz, Bernau), Invalidentische. Angehörige der Kadgruppe, Montag früh 8 1/2 Uhr treffen sich die USPD-Mitglieder sowie die Lehrlinge, welche mit unseren gesetzlichen Bestimmungen einverstanden sind, auf dem Abderhaldy vor der Schule.

Der Fraktionsvorstand.

Mit u. Genoss. Dienstag nachmittags 4 Uhr bei Schulmann, Berlin-Tempelhof, Bernauer Str. 50, Fraktionsversammlung der USPD. Erfragen oder ist Pflicht!

Angestellte in Kunst- und Buchhändlerischen, Geldhändlerischen, USPD-Mitgliederversammlung Dienstag nachmittags 5 Uhr Schulstraße 10, Stellungnahme zum Augustgehaltssachen.

Beauftragte für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Viktor Czerwinski, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Glatzer, Berlin; Sozialisten: E. D. Richter, Wilmersdorf; Rappiner und Genossen: Fritz Korbitt, Wilmersdorf; Angestellte: H. Glöde, Berlin.

Verlag: Cordato-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brand: Verlagsbuchhandlung und Verlagsanhang Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Otter 2, Seelager.

UNITED STATES LINES

Amerikanische Registrierdampfer
NACH NEW YORK
von Southampton — Charbourg
LEVIATHAN

28. August, 18. September, 9. u. 30. Oktober, 20. November
Von BREMEN über Southampton und Charbourg nach NEW YORK

GEORGE WASHINGTON

19. September	24. Oktober	28. November
America	22. August	26. September
President Roosevelt	29. August	3. Oktober
President Fillmore	30. August	4. Oktober
President Harding	5. September	10. Oktober
President Arthur	12. September	31. Oktober

Abfahrt von Southampton und Charbourg 1 Tag später
Alles Nähere durch untenstehende Adressen

Vorteilhafte Gelegenheiten für Güterbeförderung

UNITED STATES LINES

Berlin W 8, Unter den Linden 1 NW 40, Invalidenstraße 91
Berlin W 9, Budapester Str. 3 W 8, Unter den Linden 22
General-Vertreter: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Bad Elster

Eisen-, Mineral- und Moorbad. Radium-Bäder und Einatmungshalle. Trinkkuren, Glaubersalzwasser, neuzeitl. Inhalatorium, med-mech. Institut, neues Theater (Lustspiel, Schauspiel). 500 m ü. d. M. vor Winden geschützt, inmitten ausgedehnter Waldungen, an der Linie Leipzig-(Dresden)-Plauen-Eger.

hilft

bei Herzleiden (Terrainkuren), Nervenleiden, Gicht, Rheumatismus, Blutarmut, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, allem Schwächzuständen, Verdauungsstörungen, Nieren-, Leber- u. Zuckerkrankheiten, Fettsüchtigkeit, Lähmungen. Große Erfolge in der Nachbehandlung von Verletzungen.

Badeschriften und Auskunft durch die Badedirektion, in dem Deutschen Verkehrsbureau Berlin Potsdamer Bahnhof, sowie in allen Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebureaus (MER)-Hellwasserversand.

So leben wir

Das Erbe der „großen Zeit“ — Wir Millionäre am Hungertuch.

Fast zehn Jahre sind seit den „gelobten“ Jahren vergangen. Es war uns so gut gegangen, daß unsere Kriegervereine und gelangweilten Offizierklubs, unsere Patrioten und Allduysen es nicht mehr aushielten und unbedingt einmal in einen frischfröhlichen Krieg hineinstuften. Es war damals alles so durchaus selbstverständlich geworden, daß man es schon gar nicht mehr in der Hautevolée schön fand und der Papst der Ueberfälligen, ER von Gottes Gnaden, es für durchaus angemessen und zeitentsprechend hielt, sein Volk endlich „herrlichen Zeiten entgegenzuführen!“ Nun haben wir die herrlichen Zeiten. . . . Wie sie sind, wissen wir. Wir, die Millionäre am Hungertuch, wir, die wir resigniert und müde schon den Maßstab vergessen haben, den die Arbeitenden anderer Länder gewöhnt sind an ein menschenwürdiges Dasein zu legen.

Markt und Gas zum Plätten noch teurer ist. So bleibt die Wäsche zum Teil eben ungeplättet; Schönheit kann man sich heute nicht mehr leisten. Kommt dann der Abend, gibt es ein kaltes Abendbrot, wieder dünnen Tee oder Kakao, für die Vater vielleicht eine Suppe, für die Kinder etwas Milch, ein paar Stellen dazu mit Margarine oder bei guter Kasse mit Butter, in den wenigsten Fällen aber mit Belag, meist mit Schmalz.

Diner: Kartoffeln mit Hering.

Daß der Gesundheitszustand aller, namentlich der Kinder, darunter leidet, ist selbstverständlich. Sieht man sich um, so graut es einen, sieht man die vielen unterernährten Kinder, die allzuvielen Zeichen von Rachitis, Tuberkulose und englischer Krankheit. Das Karmele-Absinken von ehemals, „Kartoffeln mit Hering“, ist heute zum Abendessen der gulscheidenden Dollarbeiter geworden; alles hat sich in diesem Verhältnis verschoben. Ging man früher ins Kino, so hat das auch für die meisten aufgehört; die Kinos werden gefüllt meist von den Verdienern unter den Jugendlichen, Alleinlebenden und Reichen. Noch härter macht sich das beim Theater bemerkbar. Auch der Arbeiter fand es früher selbstverständlich, sich durchzubüden, Theater zu besuchen, Bücher zu lesen, Gäste, Freunde bei sich zu haben. Heute ist „Bildung“ teuer und Luxus geworden. Bücher gehen in die Millionen; der Beitrag als Volksbühnenmitglied macht ihm Sorgen; Gäste in seiner Familie sind zu kostspielig. Man will doch etwas vorlesen, man muß länger Licht brennen, der Kaffee-Ertrag verbraucht Gas usw. So ist auch das Familienheim von ehemals, „das trauliche“, ein Luxus geworden, den sich nicht jeder mehr leisten kann. Noch hat der Arbeiter einen Ausweg in seiner Leihbibliothek, in seiner Volksbühne — aber noch für wie lange? Dann hört auch das auf, austrabiert von der Zeit, die in die Trillion hineinmarschiert. Muß da noch bemerkt werden, daß jene Keinen Genüsse, die damals mehr als selbstverständlich waren, schon längst es nicht mehr sind: das abendliche Glas Bier, die Zigarre, die Zigarette, der Salat in der Stimmkneipe, das Reglein usw.? Ebenfalls wie das ist für viele der obliegende Sonntagsausflug ins grüne verschwinden; für die, die ihn noch aufrechterhalten konnten, wird er langsam ebenso verschwinden, wenn die Eisenbahn statt der Tausende Willigen verlangen wird. Und, wenn es so weitergeht, wird es nicht mehr lange bis dahin währen. Und nach vieler Arbeit und schweren Sorgen, langsam Essen und dürftigem Mittag legt man sich unzufrieden ins Bett auf die zerstückte, dünne, angeschmugte Bettwäsche und denkt nach: Wofür arbeitet man? Wofür lebt man? Warum ist man . . . ?

Vergleiche.

Wiel wird immer betont: ja, uns Deutschen, dem deutschen Arbeiter sei es früher zu gut gegangen. Er sei zu unbescheiden. Es seien einige kleine Vergleiche erlaubt. Vor nicht allzulanger Zeit war der Schreiber dieses in Holland und zwar in einer Arbeiterfamilie in Den Haag; die Familie war gut genährt, zufrieden und konnte sich etwas leisten. Jedes Kind bekam seinen Liter Milch morgens mit gutem Kakao und einem Ei, sowie Butterbrot. Mittags kam Fleisch auf den Tisch und abends warmes Essen. Als ich meinen Gastfreunden von unseren Verhältnissen erzählte, schüttelten sie den Kopf und fragten mich: ja, wie wir das denn aushalten könnten? Und worum wir denn nichts dagegen unternähmen? Sie tranken kopfschüttelnd ihren Genever aus, der immer auf dem Tisch stand. In Schweden, in Norwegen, ja, selbst in der Tischgesellschaft sah ich das gleiche Bild und hörte ich die gleiche Frage: einen voll bedeckten und gut gedeckten Esstisch, keine Alltagsgerätsen und kein Sonntagsfrühen und die Frage, wie ist es nur möglich, daß ihr das entbehrt, wenn ihr arbeitet? Und noch ein Hinweis, der auf den amerikanischen Arbeiter. Wer ihn kennt, weiß, was er verlangt: er will sein gutes Morgenbrüchlein mit Kakao und Milch, Ei und Weizenbrot, seinen kräftigen Lunch, sein Rieseneisbecken als Mahlzeit, seine Singhals, seinen Klub als Erholung, seine Partie und Wahlzeit. Das empfindet er als eine Selbstverständlichkeit, die ihm auch jeder, auch der größte Arbeiterfeind als selbstredend zubilligt. Dort heißt es: Ich arbeite gut, also muß ich auch gut essen! Soll ich schlechter essen, dann werde ich auch schlechter arbeiten!

Bei uns heißt es anders: Du mußt dich im Essen bescheiden und noch mehr, noch besser arbeiten! Daß einmal aber die Erkenntnis dämmern wird, die sich in der Frage auslöst: Warum? Warum und wofür arbeite ich denn? dürfte aber wohl klar sein. Daß diese Erkenntnis aber die Katastrophe noch verschlimmern wird, ebenso! Also muß eine Veränderung kommen: die Veränderung durch Herbeiführung einer der Leistung würdigen Entlohnung, durch Rückführung zur Goldmark und Errichtung einer wertebewußten Einnahme, die — vielleicht — noch retten können, was verloren zu sein scheint:

das menschenwürdige Dasein!

Stillelegung der Straßenbahn?

Ab Montag 100 000-Mark-Tarif.

Die Verkehrsdeputation hat gestern die Erhöhung des Straßenbahntarifs mit sofortiger Wirkung von Montag ab auf 100 000 Mark erhöht. Die von der Direktion auf Grund ihrer Unterlagen verlangte sprunghafte Steigerung auf 200 000 Mark wurde von der Verkehrsdeputation abgelehnt. Die Straßenbahn ist in Berlin zweifellos am Ende ihrer Kraft.

Angesichts der besonderen Verhältnisse, der Konkurrenz der Stadt- und Ringbahn wie der Hoch- und Untergrundbahn ist es unmöglich, nur mit dem Mittel der Tarifserhöhung Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Der als wirtschaftlich notwendig errechnete Tarif führt zum Verfall, der rein verkehrspolitisch vielleicht noch erträgliche Tarif hat ein ungeheures Defizit zur Folge. Beim 100 000-Mark-Tarif wird das tägliche Defizit etwa 80 Milliarden betragen. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß die Stadt Berlin ein solches Defizit tragen kann. Der Verkehrsdeputation blieb in dieser Lage gar nichts anderes übrig als den einzig möglichen Beschluß auf Stillelegung der Straßenbahn zu fassen. Am Montag morgen wird sich der Magistrat in einer außerordentlichen Sitzung mit dieser Sachlage beschäftigen. Einen Ausgang gibt es, auf den wir im „Vorwärts“ immer wieder hingewiesen haben: das ist die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsunternehmens für ganz Groß-Berlin, das Straßenbahn, Untergrundbahn, Stadt- und Ringbahn einheitlich als eine wirtschaftliche Zweckgemeinschaft zusammenfaßt, dem Durchwachen, der ungehinderten Vergütung und der wirtschaftlichen Widerständigkeit des augenblicklichen Systems oder besser der augenblicklichen Systemlosigkeit ein Ende macht. Dazu gehört Entschlußfähigkeit und sofortiges Handeln. Alle Unterlagen für diesen Plan sind längst beschafft und bearbeitet worden. Nur haben bisher die verschiedenen „Anstalten“ sich niemals zu irgendwelchen Entschlüssen aufraffen können. Es gibt eben immer noch Leute von einem beiseitenswerten Phlegma, die glauben, am besten zu tun, wenn sie erst alles zusammenstürzen lassen, ehe sie gründlich gerufen, viel zu spät hats über Kopf das Rädige und Unvermeidliche zu beschließen was man früher sorgfältiger hätte vorbereiten können.

Nach unserer Kenntnis wird auch das Reichskabinett sich mit der Frage beschäftigen und wir hoffen, daß in dem neuen Kabinett schnellere Entschlußfähigkeit und größerer Arbeitswille zu spüren ist als unter dem selig entschlafenen Herrn Cuno. Die Berliner Bevölkerung muß jedenfalls mit der Möglichkeit rechnen, daß, wenn die Reichsregierung nicht doch eingreift, der Berliner Straßenbahnverkehr nach Ablauf einer vierzehntägigen Kündigungsfrist für das Personal zum Stillstand kommt. Alle diese katastrophalen Entwicklungen sind die Folgen der ungeheuerlichen Inflationentwicklung, die die bürgerlichen Kreise nur gar zu gern mit angehen haben, weil sie in ihrer grenzenlosen Kurzsichtigkeit auf solch bequeme Weise glaubten, sich vom Steuerzahlen drücken zu können.

Jetzt kommt das Ende und das ist bitter.

Die neuen Gebühren für Ärzte und Zahnärzte. Vom 15. August d. J. an betragen die Gebühren der Ärzte und Zahnärzte, wie dem „Ämlichen Preussischen Pressedienst“ vom Volkswohlfahrtsministerium mitgeteilt wird, in Abänderung der Gebührenordnung das 200 000fache des Friedensjahres.

(Copyright 1923 by Grethlein & Co., G. m. b. H. Leipzig)

Kilian.

Roman von Jakob Bühner.

Zweites Kapitel.

An einem Septemberabend fuhr Kilian, nun ein siebzehnjähriger Bursche, auf einem ziemlich geräuschvollen Fahrrad am Zürichsee entlang talwärts. Er hatte ein neues Sonntagsgewändchen an, aus dem dicken, braunen Stoff, den die Bergbauern tragen, und sah, wie er so mit blauen Socken unter den etwas knapp bemessenen Hosen, mit fliegenden Rockschößen und einem schwarzen, auf dem Hinterkopf sitzenden Hütlein daherradelte, gar unternehmend und vergnüglich drein.

Das war nun freilich kein Kunststück, denn der Augenblick war schön und reich wie keiner. Blau, wie ein feingeschliffener Edelstein lag der See; gelb weiß und grau die Uferböschung, dahinter Obstbaumwälder mit tiefen Schatten und dem Blimmern reifer Früchte, darüber ein Kranz von Bauernhäusern, Villen und Fabriken — Wiesen, Wälder, Himmel. Das alles ging so leicht und schön ins Auge ein, auf dieser tanzaalglatten Straße! — Bei Gott, die Schweiz war schön! Das Heimland! — Doch dursterzeugend!

Da war ein Bandungssteg und neben dran ein Wirtshaus. Ei, hinein! Er hatte ja noch mehr als siebzehn Franken. Es sah sich gut am Fenster dicht am Wasser.

Was gab's denn da? Ein großer Dampfer wallte weiß heran. Ein Rauch stieg auf, und Wellen quirlten weißlich beim großen Rad. Darüber stand in großer schwarzer Schrift „Helvetia“. Und so schön und wichtig zieht das Schiff vorbei. Vom Deck winken Lächer, grünen Hände, und auch am Ufer jauchzt man: „Grüßgott!“ und „Juchhei!“

Kilian sieht dem Schiffe lange nach, der Helvetia. Dabei fällt ihm ein, was er von der Schweiz weiß, daß es zweiundzwanzig Kantone sind, und die Geschichte vom Tell, und die Sache bei Morgarten und bei Murten und überhaupt, daß die Schweizer alleweil gesiegt haben!

„Ja, ja, die Schweiz“, sagt Kilian und haut, nachdem er sich umgesehen, ob er allein in der Wirtstube sei, auf den Tisch vor Vergnügen und trinkt. Aber mit einemmal sind Kilians Gedanken wieder oben in Obstbäumen, wo er die letzten drei Jahre als Stierenhub beim Meyer im Ried verbracht hat. Der Meyer war ein rechter Mann, da konnte man nichts sagen. Was der nur schon an Holz verdient hatte in den

letzten Jahren! Wenn nur die Frau nicht hätte in das Spital müssen! Aber da kam halt die Seline ins Haus. Die konnte es dem Meister. Und weil das Kilian ärgerte, steckte er einmal eines Abends Selines Kammer Schlüssel in die Tasche. Aber das ward gar nicht bemerkt. Darum sagte er es ihr: „Seli, Seline, jetzt hab ich da gestern nacht euern Kammer Schlüssel aus Versehen in die Tasche gesteckt. Habt ihr ihn nicht vermisht? Wo habt ihr denn geschlafen?“

Die Seline hob gerade eine Pfanne aus dem Herd, also daß ein roter Blutschein über ihr Gesicht zuckte. Und so, mit gebeugtem Rücken, blieb sie eine lange Weile regungslos, als warte sie geduckt, bis man sie schlage. Kilian aber machte sich auf seinen Holzschublen leise hinaus.

Am Abend stand sie plötzlich im Stall neben ihm. Sie drückte ihm zwei Fünfschillingstücke in die Hände und flüsterte: „Nimm das, aber schweig!“ Kilian hatte nichts zu antworten gewußt. Die Seline stand da und starrte in den Boden. Schließlich sagte sie: „Wir waren viel Kinder. Darum, und weil mein Erbteil zu klein war, hat er die Wähler-Marie genommen. . . . Aber was geht das dich an? Nur so viel sage ich dir: Schweig, sonst. . . .“ Damit war sie gegangen.

Kilian fröstelte. Er wußte, wenn er nicht schweigen würde, würde ihm die Seline etwas in den Koffer tun.

Und gestern, am Tage darauf, hatte der Meister zu ihm gesagt: „Kilian, es wäre mir lieber, du würdest dich nach einem anderen Platz umsehen. Ich gebe dir noch vierzehn Franken zu dem neuen Sonntagsgewand und dann nimm dein Velo und fahr in Gottes Namen ins Land hinunter und seh, wo du unterkommst.“

Da Kilian ein bißchen bestürzt war, fügte der Meister hinzu: „In der Schweiz ist noch keiner verhungert.“

Heute morgen, bevor Meyer ins Vorderholz gegangen war, hatte er Kilian noch die Hand gegeben und gesagt: „Tue recht, Kilian, und schau, daß du zu etwas kommst.“

Kilian hatte dann noch Ordnung gemacht, sich umgezogen, seine drei Strümpfe in ein Päcklein gebunden und war dann lange im Schopf herumgestoffelt, weil er nicht wußte, ob er der Seline Gebewohl sagen sollte oder nicht. Schließlich war es ihm eingefallen, daß man so einer nicht noch die Hand gebe, war auf sein frischgeköhltes Köhlein gestiegen und in einem Schnauf bis gen Welsen hinuntergefaßt, wo er mit Selines beiden Fünfschillingstücken sein Velo vollends abbezahlt und nachher noch ein Bierlein getrunken hatte.

Hierauf ist er gen Kapperswil und weiter seeabwärts gefahren, und nun sitzt er, ein freier Mann, im Restaurant Seeblick, und trinkt seinen zweiten Rotwein, vergnügt und im

Vertrauen auf das klugsame Wort Helvetia, und daß, wie der Meister gesagt hat, in diesem Lande noch keiner verhungert ist.

Etwas ganz Bestimmtes kann sich Kilian freilich bei dem Wort „Helvetia“ nicht denken. Das wird auch nicht gewünscht. Wenn Kilian einen Wunsch hat, ist es der, dem hübschen Mädchen, das ihm den Wein gebracht, etwas freundliches oder Anzügliches zu sagen. Aber es fällt ihm nichts ein, und er wäre schon zufrieden, wenn er ihr ein wenig über den Rücken streicheln könnte, so, wie es heute in Welsen ein Herr bei einer Kellnerin gemacht hat. Doch das verirrte Weib kommt nicht in seine Nähe. Auch, als er bezahlt, bleibt sie auf der anderen Tischseite. Dummi!

Aber unter der Haustüre muß Kilian doch lachen. Einfach so, ohne Grund. Auch fällt es ihm ein wenig schwer, aufs Velo zu kommen. Doch nun geht es ganz gut. Heißt das: eine Weile. Langsam wird das Treten mühsam; auch spürt er jeden Stein. Ein Nagel! Teufel abeinand! Der hintere Reif hat keine Luft mehr.

Dort geht die Straße ganz ans Wasser. Dort will Kilian den Schlauch fiden. Uebrigens steht da schon ein Velo an einem Baum gelehnt. Ein schönes Velo, fahrbereit! Und nirgendwo ein Mensch! Dort badet einer! Er schwimmt weit draußen.

Ein schönes Velo! Sieben Meter Uebersehung, mindestens! Der Mensch schwimmt immer weiter hinaus. Er plätscht mit dem Fuß. — Daß er gar keine Angst hat für sein Velo? Wenn man es zum Beispiel vertauschen wollte, mit einem, das gerade keine Luft hätte, der da draußen. . . .

Kilian faßt das fremde Rad bei den Handgriffen. Er zittert. Er beißt die Zähne zusammen. Da läutet die Glocke leise. Aus Versehen ist er an die Klingel gekommen. Kilian stellt das Rad wieder an den Baum. Er nimmt sein eigenes zur Hand.

Kann sein und wahrscheinlich, wenn die Klingel nicht geklungen hätte, so hätte Kilian sein altes Rad mit dem neuen des Badenden vertauscht. Vielleicht, weil er nicht ganz nüchtern war! Vielleicht hatte er aber noch ein Schlüsselchen zu wenig getrunken! Vielleicht war noch die Vermahnung des Pflegevaters in seinem Ohr: „Tue recht, Kilian!“ Vielleicht. . . . So, wer kann so bestimmt sagen, warum ein Mensch dies und dies tut, und jenes läßt? Sicher aber ist, das sich Kilians ganzes Leben anders entwickelt hätte, wenn er die Velo vertauscht, wenn er nicht — aus Versehen an die Klingel gekommen wäre. . . .

(Fortsetzung folgt.)

Standesgemäß als Fassadenkletterer.

Der Werdegang eines aristokratischen Einbrechers.

Aus der Untersuchungshaft wurde gestern der frühere Offizier Wilhelm v. Reudell, der Sohn des früheren kaiserlichen Obergerichtsrats, der Ferienstrammer des Landgerichts III zur Aburteilung wegen nicht weniger als fünf schweren Einbrüchen vorgeführt.

Der Angeklagte v. Reudell machte einen völlig zusammengebrochenen Eindruck. Er konnte nur stotternd und unzusammenhängend sprechen und dem Vorsitzenden war es nicht möglich, aus ihm herauszubringen, wie er auf diese abschüssige Bahn gekommen ist.

Der Angeklagte v. Reudell machte einen völlig zusammengebrochenen Eindruck. Er konnte nur stotternd und unzusammenhängend sprechen und dem Vorsitzenden war es nicht möglich, aus ihm herauszubringen, wie er auf diese abschüssige Bahn gekommen ist.

Ein Liter Milch 120 000 Mark.

Für den Bezirk der Stadt Berlin wird bestimmt: Der Preis für Vollmilch beträgt 120 000 M., für Magermilch 50 000 M. je Liter.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Durch die bevorstehende Auflösung der Brotkommissionen ist es erforderlich geworden, in den Verwaltungsbezirken 1-8 (Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshagen und Kreuzberg) die Milchkarten für Kinder im ersten bis zum vollendeten vierten Lebensjahre für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis zum 31. März 1924 neu auszugeben.

Der Fahrkartenumtausch bei der Hochbahn.

Von der Hochbahngesellschaft wird uns geschrieben: Bei den durch die schnelle Geldentwertung notwendig gewordenen häufigen Tarifänderungen hat sich der Uebelstand ergeben, daß trotz voller Belegung der Fahrkartenumtausch bei der Abfertigung des Publikums geradezu eine Unmöglichkeit geworden ist.

1 Dollar Zuschlag zur Zimmermiete.

Ein trauriger Fall von Wohnungswucher beschäftigt augenblicklich die Abteilung W des Polizeipräsidiums. Gestern mittig erschien die 26jährige Verkäuferin Helene H., die in der Güntelstraße in Wilmersdorf ein Zimmer abgemietet hat, auf dem 156. Polizeirevier und zeigte an, daß ihr Vermieter außer dem vereinbarten und bereits bezahlten Mietpreis von 575 000 M. für den Monat August noch eine Nachzahlung von einem Dollar verlange.

Um 37,50 Mark!

Die vorgeschriebene Gewissenhaftigkeit des Bureaukratismus treibt in unserer Zeit der Geldentwertung die seltsamsten Blüten. Gegen Ende Juli 1923 wurde die Witwe eines Veteranen durch eine Mitteilung der Polizeihauptkasse „beglückt“, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen sie Anspruch auf die gnadenweise Bewilligung der Veteranenbeihilfe für Mai bis Juli 1923 habe und den Betrag von 37,50 M. bei der Polizeihauptkasse abholen könne.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Item name and Price/Wage. Includes Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle and Höchste Wochenlöhne in Berlin.

freilich antworten, daß sie dazu verpflichtet ist, auch wenn die Sache keinen Sinn hat.

Keine Einreise ins besetzte Gebiet.

Die Reichsbahndirektion teilt mit, daß nach ihr zugewandene Mitteilungen infolge der Verlängerung der von den Grenzorten ausgeprochenen Personenverkehrsperre das Einreisen in das besetzte Gebiet unmöglich ist.

Handelsausweise für Lebens- und Futtermittelhändler.

Für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln im Umherziehen ist neben dem Wandergewerbeschein bzw. der Reiselegitimationskarte eine besondere Erlaubnis erforderlich, auch für die Inhaber der Wandergewerbescheine und Reiselegitimationskarten vom Jahre 1923; sie wird in der Kagozinstr. 3/5 ausgestellt.

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 20. d. M. ab bis auf weiteres ununterbrochen zum 30000fachen Betrage des Nennwertes statt.

Zu der Eier-Affäre aus der Lühnowstraße, über die wir in Nr. 378 berichteten, äußert sich jetzt der darin erwähnte Geschäftsmann. Er berichtet, dem Verkaufspreis von damals 17000 M. (das Vorwissen liegt schon einige Zeit zurück) habe ein nachweisbarer Einkaufspreis von 15000 M. gegenübergestanden.

Billiger Reis für Minderbemittelte. Vom 20. August bis 15. September erfolgt seitens der Stadt Berlin ein Verkauf von ein Pfund Brodreis, und zwar zum Preise von 65000 M. je Pfund.

Invalidentversicherung. Vom 20. August und 3. September 1923 ab treten die durch Reichsgesetz geschaffenen neuen Beitragsätze in Kraft.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für große Festkonzerte im Winter 1923/24. Der Grundpreis pro Abonnement beträgt 5000 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis. Mitte. Jeden Montag und Mittwoch spielt die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...
2. Kreis. Wedding. Elternausweise der weibl. Schule und Altersbeizäte...
4. Kreis. Prenzlauer Berg. Dienstag, den 21. August, 7 Uhr, erweiterte Kreisversammlung...

Heute, Sonntag, den 19. August:

- 125. Abt. Weiskater. Sämtliche Gruppenführer müssen bis Sommerferien heute nachmittags im Garten Südkens um 6 Uhr abbrechen.

Morgen, Montag, den 20. August:

- 1. Abt. Abends 7 1/2 Uhr bei Krüger, Engelstr. 23, Sitzung der Bezirksführer...
14. Abt. Abends 7 1/2 Uhr bei Dietrich, Seinerländer Str. 36, außerordentliche Funktionärerversammlung...
40. Abt. Die Funktionärerversammlung fällt aus. Dafür laden die Bezirksführer zur Abteilungsversammlung persönlich ein.

- 47. Abt. Die Funktionärerversammlung findet nicht statt. Dafür laden die Bezirksführer zur Abteilungsversammlung bei Wolfshöfer ein...
57. Abt. Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr bei Kopfschiff, Arminia Str. 47, Funktionärerversammlung...
71. Abt. Wilmersdorf. Abends 8 Uhr bei Zeno, Durlacher, Eds. Bruchfaleer Straße, wichtige Funktionärerversammlung mit den Gruppenführern...

Übermorgen, Dienstag, den 21. August:

- 55. Abt. Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr bei Helmer, Wilmersdorfer Straße 21, Funktionärerversammlung...
57. Abt. Kreuzberg. Abends 7 Uhr in der Schule Mariendorfer Weg Funktionärerversammlung...
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Schöneberg-Friedenau, Gruppe Kubusstraße, Dienstag und Freitags auf dem Kuppelplatz Kubusstraße (Gertlingers Poststraße). Bei unangenehmer Witterung im Jugendheim Kubusstraße von 4-7 Uhr...
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Schöneberg-Friedenau, Gruppe Kubusstraße, Dienstag und Freitags auf dem Kuppelplatz Kubusstraße (Gertlingers Poststraße). Bei unangenehmer Witterung im Jugendheim Kubusstraße von 4-7 Uhr...
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Schöneberg-Friedenau, Gruppe Kubusstraße, Dienstag und Freitags auf dem Kuppelplatz Kubusstraße (Gertlingers Poststraße). Bei unangenehmer Witterung im Jugendheim Kubusstraße von 4-7 Uhr...

Mittwoch, den 22. August:

- 25. Abt. Mithras. Bezirksführer! Zum Mittwoch einladen nach der Schulaula Köpenick, 40, da Friedrichshagen befreit.
31. Abt. Abends 7 Uhr in der Schulaula Schönflücker Str. 7, Mitgliederversammlung. 1. Referat über die politische Lage. 2. Bericht des Bezirksamtsführers müssen zu dieser Versammlung einladen.

Frauenveranstaltungen am Montag, den 20. August:

- 48. Abt. Abends 7 1/2 Uhr im Pankhof, Belle-Alliance-Str. 47, Thema: „Frauenarbeit in der Industrie“. Ref. Regierungsrätin Gen. Temp.
49. Abt. Abends 7 1/2 Uhr bei Wolf, Weiskater, 23, Frauenabend. Thema: „Die politische Lage“. Ref. Gen. Litz.
64. Abt. Pankhof. Abends 7 1/2 Uhr in der 1. Gemeindefaule, Vortrag des Genossen Schiller.
106. Abt. Johannisthal. Abends 7 1/2 Uhr bei Madin, Roanstraße 21, Thema: „August Bebel und die Frau“. Referent Genosse Kempert.

Frauenveranstaltungen am Dienstag, den 21. August:

- 19. Abt. Frauenabend an bekannter Stelle. Thema: „Die politische Lage“.
20. Abt. Abends 7 1/2 Uhr bei Frisch, Kronheimer Straße 4, Thema: Frauenfragen.

Arbeiter Sport.

Es alle Arbeiterpartei von Reinickendorf-Ost-West und Köpenick. Am Montag, den 20. August, abends 1/2 Uhr, findet im Bürgergarten eine Mitgliederversammlung aller dem Sportklub angeschlossenen Vereine statt.

Filmschau.

Ein neuer russischer Film.

Am Anfang des 18. Jahrhunderts: der Selbstmord. Der Mensch ist Sklave, nicht Herr seines Schicksals, auch wenn er seine Fähigkeiten im Dienst seines Herrn aufs höchste entwickelt hat.

Ran hat diesen Film in keiner Weise mit dem teilsch aufwühlenden und das russische Volkleben im Inneren erschauenden „Politscha“ verglichen. Aber für sich genommen, hat er auch seine Qualitäten, wenn man auch der dramatische Reiz fehlt und an darstellenden Kräften inestlich nur Zerkano in seinem Kalugin eine interessante Mischung von Barbarei und Kulturfürst, von Korbelt und Gelehrte, von Verlogenheit und Ehrmacht ist.

„Sodom und Gomorra“, ein Sidsa-Film, wurde im Usa-Pala- am 30. den Berlinern erstmalig gezeigt. Dieser Film besteht aus einem Prolog und zwei Teilen, und diese Dreiteiligkeit wird als moralisierendes Durcheinander aus Publikum losgelassen.

„Wagnis, die Geliebte aus Wilhelm Meisters Lehrjahre, ist in der landüblichen Art mit Anklängen an die Oper von Thomas von der Schulz verknüpft worden (Uraufführung in der „Alhambra“). Die Romantik der Vorgänge ist lässig geschwungen, und zieht man ein paar gute Aufnahmen vorzüglich gelungene Landschaftsbilder ab, dann bleibt eine laue Dinstextropengeschichte, die schließliche langweilige wird.

„Erebnisse einer Sekretärin“. (Uraufführung Richard-D-Swalb-Lichtspiele.) Rita Burg bringt an (Kampferischen) Gaben nichts für den Film mit, aber sie hat ihre eigene Weltanschauung, darum spielte sie in den Erebnissen einer Sekretärin die Hauptrolle.

„Erebnisse einer Sekretärin“. (Uraufführung Richard-D-Swalb-Lichtspiele.) Rita Burg bringt an (Kampferischen) Gaben nichts für den Film mit, aber sie hat ihre eigene Weltanschauung, darum spielte sie in den Erebnissen einer Sekretärin die Hauptrolle.

Briefkasten der Redaktion.

Briefkasten. Die Redaktion ist eine vom Staat beauftragte Inst. Wetter bis Montag mittag. Vieles Briefe, aber veränderlich, mit einzelnen leichten Regenstunden bei mäßigen nordwestlichen bis nördlichen Winden. In den Tagesstunden mäßig warm, nachts sehr kühl.

Wirtschaft

Anfangserfolge und neue Aufgaben.

Nachdem der Dollar am Anfang der Woche rückläufig war, ist er in der zweiten Wochenhälfte wieder gestiegen. Die Preisentwicklung verlief im allgemeinen parallel mit dem Dollarkurs. Nachdem die Arbeiterschaft unter der entsehrlichen Teuerung der vorausgegangenen Wochen am schwersten zu leiden gehabt hat, war es kein Wunder, daß man von der Erleichterung des Devisenmarktes einen sehr erheblichen Abbau der Preise erwartete und doppelt enttäuscht war, als dieser nicht in dem erhofften Maße eintrat und als der Dollarkurs wieder in die Höhe ging. Es fehlt in der Arbeiterschaft nicht an Stimmen, welche schon aus diesen Tatsachen einen Mißerfolg der Politik des neuen Kabinetts schließen wollen. Besonders die kommunistische Agitation, welche an der Zerrüttung der wirtschaftlichen Lage nicht geringe Schuld trägt, tut so, als wenn „alles beim alten geblieben“ wäre. Demgegenüber dürfte folgende Uebersicht über die Dollarbewegung in den letzten beiden Wochen doch etwas anderes ergeben. Der Dollar notierte in Berlin im Mittel in Millionen Mark:

6. August	8. August	10. August	13. August	15. August	17. August
1,05	4,86	3,9	3,7	2,7	3,6

Während sich also der Dollarkurs in der Zeit vom 6. bis 8. August rund verdreifacht hat, ist die Bewegung insbesondere nach dem Regierungsantritt des neuen Kabinetts zum Stillstand gekommen. Daß die Teuerung nach wie vor drückend auf der Arbeiterschaft lastet, ist von uns oft genug betont worden. Aber nach den Zeiten der schweren Nahrungsmittelforge, wo die Märkte von Waren fast vollkommen entblößt waren und jeden Augenblick der Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung drohte, ist doch fraglos eine bessere Lebensmittelversorgung eingetreten und die Teuerung ist nicht mehr so sprunghaft fortgeschritten, wie in der vorigen Woche. Hätte man die Dinge laufen lassen, wie sie eben damals sich zu entwickeln drohten, so müßte der Dollar längst über die 20 Millionen hinaus sein und die Städte wäre außerstande, für den Lebensunterhalt ihrer Bewohner zu sorgen. Es kann also doch, wenn man nicht gerade die Erbitterung über die immer noch so schwere Teuerung zum Ausgangspunkt des Urteils macht, nicht gut davon die Rede sein, daß „nichts geschahen ist“; vielmehr hat mit der politischen Beruhigung tatsächlich auch eine gewisse wirtschaftliche Beruhigung Platz gegriffen.

Besonders dazu beigetragen hat die Arbeit des Reichstages, der für die Reform der Reichsfinanzen den Grund gelegt hat. So erfreulich die Erfolge der bisherigen Arbeit sind, so wenig dürften sie darüber hinwegtäuschen, daß sie erst Anfangserfolge sind und daß es noch intensiver Tätigkeit bedarf, um weitere wirtschaftliche Gefahren abzuwehren. Die Schwerindustrie ist wieder in einem Ausmaß am Devisenmarkt tätig, das für den Kurs der Mark erste Befürchtungen rechtfertigt. Es hat den Anschein, daß sich die Spekulation mit den neuen Steuern schon allzu sehr abgefunden hat und daß das von den Ruhrsteuern freie besetzte Gebiet die zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe erhaltenen Summen in neuen Aktien- und Devisenkäufen ansetzt. Dagegen müssen aber jetzt wirksame Vorkehrungen getroffen werden. Nach der Aufhebung der Goldanleihe des Reiches, auf die in den letzten Tagen Zeichnungen ziemlich schnell eingegangen sind, hat niemand mehr ein geschäftliches oder moralisches Recht, zum Zwecke der Werterhaltung fremde Devisen zu kaufen. Daß das heute immer noch geschieht, daran ist zu einem wesentlichen Teile die Reichsbank mit Schuld, welche entgegen allen Warnungen weiter Papiermarktkredite ausgibt und so direkt einen Anreiz dazu schafft, auf den Niedergang der Mark zu spekulieren. Die Umstellung der Wirtschaft auf Goldkredite muß beschleunigt werden, sonst wird diese Spekulation auf dem Rücken der Allgemeinheit nicht aufhören. Durch die Goldanleihe des Reiches sind die Vorbedingungen für die Ausgestaltung des wertbeständigen Kreditverkehrs wesentlich erweitert worden; es kommt nur noch darauf an, daß die Erteilung von Papiermarktkrediten von der Reichsbank endgültig abgestoppt wird. Es ist begreiflich, daß dagegen die Interessenten, welche sich an den Papiermarktkrediten bisher bereichert haben, schwerste Bedenken äußern. Es besteht sogar die Gefahr, daß manche Betriebe, die noch nicht auf Goldrechnung eingerichtet sind, vorübergehend in Schwierigkeiten geraten.

Aber die Arbeiterschaft sollte, wenn sie das Ziel der Stabilisierung der Währung erreichen will, die Drohungen der Interessenten mit Betriebsstilllegungen nicht allzu ernst nehmen, sondern vielmehr darauf sinnen, wie man ungetreueren Einschränkungen und Stilllegungen von Betrieben entgegenwirken kann. Es darf auf keinen Fall geduldet werden, daß unter dem Vorwande, die kürzlich beschlossenen Besitzsteuern seien zu hoch, Industrien sich eher zu Betriebsstilllegungen entschließen, anstatt die reichlich gehamsterten Devisen und Aktien zu verkaufen, um damit die Steuern zu bezahlen. Die Gefahr, daß das Betriebskapital zerstört wird, ist wirklich nicht so groß, wie man es gerne glauben machen will. Fast alle Unternehmungen haben in Sachwerten aller Art, die nur mit geringen Beträgen zu Buch stehen, sich Reserven geschaffen, die nur käuflich gemacht zu werden brauchen, um die Betriebe selbst bei schwieriger Geschäftslage aufrechterhalten zu können. Man wird sich eben dazu bereisfinden müssen, derartige Sachwerte zu veräußern oder wieder genau wie vor dem Kriege mit Goldschulden zu belasten, nachdem man die Papiermarktschulden durch die Notenpresse des Reiches hat tilgen lassen. Selbstverständlich wird über die Inanspruchnahme derartiger Kreditmöglichkeiten nur da ein Sinn haben, wo man die Produktion auf gesündere Grundlagen zu stellen, also Gewinne und Preise abzubauen sucht. Darauf wird aber die Arbeiterschaft an den Stellen, wo sie Einfluß auf die Produktion hat, jetzt mit größerer Entschiedenheit als je hindrängen müssen und auch die Regierung wird den Abbau der überbehaltenen Rohstoffpreise, welche jetzt die Werttarife der kommunalen Betriebe auf eine unerschwingliche Höhe hinaufgetrieben, ebenso wie die Senkung der Lebensmittelpreise mit allen Mitteln fördern müssen.

Die Devisenzahlung ist im Inlandsverkehr verboten. Der frühere Reichswirtschaftsminister Becker hat bekanntlich die Devisenverordnung durch eine Verordnung durchschneidet, daß er für gewisse Geschäfte im Inland die Zahlung von Devisen auch im inländischen Warenverkehr gestattet. Dieser Erlaß mußte, wie auch die Praxis gezeigt hat, zur völligen Ausschaltung der Mark als Zahlungsmittel führen. — Jetzt wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Reichsregierung von einer Verlängerung der Zulassung der Zahlung in effektiven Devisen bei Inlandsverkäufen von ausländischen Waren oder überwiegend aus ausländischem Material hergestellten Waren über den 15. August 1923 hinaus Abstand genommen hat, einerseits im Hinblick auf die verminderten Kurschwankungen und die Verbesserung in der Reparatur der Devisen, andererseits mit Rücksicht auf die vielfachen Klagen aus den Abnehmerkreisen über die Devisenforderungen seitens der Lieferanten. Es besteht die Befürchtung, daß die Verlängerung der Vergünstigung dazu führen würde, das Kursrisiko immer mehr auf den Kleinhandlender abzuwälzen und den Geltungsbereich der Reichsmark noch mehr einzuschränken. — Damit ist die Zahlung von Devisen im Inlandsverkehr verboten.

Die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches. Im Interferatentell unserer heutigen Ausgabe sind nochmals die Hauptpunkte veröffentlicht, die für den Zeichner der zurzeit ausliegenden Anleihe von Wichtigkeit sind. Des öfteren ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Anleihe auch dem kleinen Sparer wieder die Möglichkeit gibt, den Wert seines Geldes für die Zukunft sicherzustellen, da das kleinste Stück der Anleihe auf den Gegenwert von 1 Dollar lautet und da auf dem Wege über wertbeständige Konten bei den Sparkassen und Girozentralen noch kleinere Summen in dieser Anleihe angelegt werden können. Der Zeichnungspreis beträgt bei Markenzahlungen zurzeit noch 100 Proz. Den Besitzern von Dollarsparbuchungen und Devisen ist weiterhin die Möglichkeit gegeben, die Stücke zu einem Vorzugsfuß von zurzeit 95 Proz. zu erwerben, soweit die Einzahlung in Dollarsparbuchungen oder Devisen erfolgen.

Aus der Partei.

Organisationsbeschlüsse über die Politik der Partei.

Westfalen. Eine Konferenz der Vertrauensleute der SPD. aus dem besetzten Gebiet, Bezirk westliches Westfalen, an der auch der Sekretär der Zweiten Internationale, Genosse Tom Shaw (England) teilnahm, befaßte sich am 13. August in Dortmund eingehend mit der augenblicklichen Lage Deutschlands und den Aufgaben der Sozialdemokratie. Mit großer Mehrheit wurde dabei folgende Entschlieung angenommen:

„Die Konferenz begrüßt, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages die Cuno-Regierung zum Rücktritt gezwungen hat. Sie billigt auch den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, vorausgesetzt, daß die zur Durchführung des Erfüllungsprogramms und zur Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems von der Sozialdemokratie gestellten Forderungen angenommen und schleunigst erfüllt werden.“

Eine zweite vorgelegte Resolution, in der eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung der großen Koalition verneint wurde, wurde gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Zwickau-Plauen. Der erweiterte Bezirksvorstand der SPD. im Bezirk Zwickau-Plauen befaßte sich am 15. August mit der neugeschaffenen Lage und nahm nach ausführlicher Diskussion einstimmig folgende Resolution an:

Unsere werten Inferenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht!

VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

Der Bezirksvorstand der SPD. Bezirk Zwickau-Plauen, am 15. August 1923 in Zwickau versammelt, stellt mit tiefem Bedauern fest, daß auf Beschluß einer schwachen Fraktionsmehrheit, ohne eine größere Parteivollversammlung zu befragen, eine Regierung der großen Koalition gebildet worden ist, die seiner Meinung nach keinerlei Gewähr für eine Erfüllung der proletarischen Forderungen, wie sie in seiner Entschlieung vom 7. August enthalten sind, bietet. Die Regierungserklärung des Kabinetts Stresemann beweist klar, daß es der Fraktion nicht gelungen ist, auch nur die von ihrer Mehrheit aufgestellten Mindestforderungen durchzusetzen.

Der Bezirksvorstand ist auch der Meinung, daß die Befehung des Wirtschafts-, Ernährungs- und Reichswehrministeriums jede Kursänderung ungestraft macht. Er lehnt daher dieser Regierung mit starker Kritik und starkem Mißtrauen gegenüber, lehnt nach wie vor jede Koalition im Reiche ab und besteht auf seiner Forderung nach schleuniger Klärung der monatelang offenen Frage der großen Koalition auf einem in kürzester Frist zu berufenden Parteitag.

Er schließt sich andererseits aber der Erklärung der Fraktionsminderheit an, indem er die Parteigenossen aufruft, fest zur Partei zu stehen und den Kampf weiter in der Partei zu führen. Nur die Anwesenheit und Geschlossenheit der proletarischen Organisationen ist eine Gewähr dafür, daß der notwendige Kampf gegen die Vereinfachung der Massen erfolgreich geführt werden kann.

Die Haltung der Fraktionsmehrheit kann nach Ansicht des Bezirksvorstandes keinerlei Einfluß auf die Einstellung der Partei zur sächsischen Politik ausüben.“

Neben dieser Resolution wurde ferner gegen eine Stimme noch folgender Beschluß gefaßt: „Der Bezirksvorstand mißbilligt die Haltung der Reichstagsabgeordneten unseres Bezirks, die für die große Koalition gestimmt haben oder bei den entscheidenden Sitzungen der Reichstagsfraktion nicht anwesend waren.“

Ostschlesien. In einer am 14. August stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des engeren Bezirksvorstandes mit Vertretern der neun Unterbezirke Ostschlesiens der SPD. wurde nach eingehender Aussprache folgende Entschlieung mit elf gegen zwei Stimmen gefaßt:

„Bezirksvorstand und Vertreter der Unterbezirksleitungen der Bezirksorganisation Ostschlesiens protestieren dagegen, daß der Parteivorstand trotz dringlichstem Ersuchen einer großen Zahl von Bezirksorganisationen und Ortsvereinen die Einberufung eines Parteitagcs oder einer Reichskonferenz abgelehnt hat und damit im Gegenfaz zu der Auffassung weitester Parteikreise der Reichstagsfraktion Gelegenheit gab, den Eintritt in die große Koalition zu beschließen, bevor die Parteigenossen zu dieser wichtigen Frage der Parteipolitik Stellung nehmen und ihre Wünsche kundgeben konnten. Die Versammelten sind der Auffassung, daß der Beschluß der Fraktion in diesen Zeiten der denkbar ungünstigsten ist. Sie mißbilligen mit aller Entschiedenheit diese Festlegung der Fraktion und Partei, ohne vorherige Anhörung der Parteigenossen. Die Parteileitung muß, wenn sie den Gegenfaz zwischen sich und einem großen Teil der Parteigenossen nicht noch mehr vergrößern will, unverzüglich dem wiederholten Ersuchen statgeben und mindestens eine Reichskonferenz einberufen.“

Wir derselben Mehrheit wurde eine Entschlieung gefaßt, die die Dresdner Vertreter im Parteiausfluß verpflichtet, beim Parteivorstand und der Kontrollkommission die Einberufung eines Parteitagcs oder einer Reichskonferenz zu beantragen und zu diesem Zwecke eventuell mit 14 anderen Bezirksorganisationen der Partei in Verbindung zu treten.

Leipzig. In einer Versammlung der Funktionäre aus dem Bezirk Leipzig am 16. August wurde nachstehende Resolution gegen 5 Stimmen angenommen:

„Die Funktionärerversammlung des Bezirks Leipzig vom 16. August 1923 billigt die Haltung der Fraktionsminderheit zur Bildung der großen Koalition. Sie erachtet die große Koalition in der gegenwärtigen Situation als eine außerordentlich schwere Belastungsprobe der Partei. Die Versammlung protestiert dagegen, daß die Reichstagsfraktion ihre Entschlieung über den Eintritt in die Koalition traf, ohne mit den Parteioorganisationen im Reiche Rücksicht zu nehmen. Sie erwartet, daß in Zukunft bei allen derartigen Entscheidungen zum mindesten der Parteiausfluß zu Rate gezogen wird.“

Trotz dieser schweren Bedenken darf die Einheit der sozialistischen Partei keineswegs preisgegeben werden. Vielmehr ist gerade jetzt notwendig, alle Kräfte zusammenzufassen, um im Rahmen der Partei dahin zu wirken, daß die zunächst wichtigsten

Forderungen der Arbeiterklasse, 1. Erfassung der Sachwerte, 2. Wertbeständigkeit mit Frankreich reiflos durchgeführt werden.

Die schwerste Belastung der gegenwärtigen Koalition ist der Wehrminister Gehler, auf dessen Beseitigung das Augenmerk der Partei in erster Linie gerichtet werden muß. Gelingt es nicht, die vorstehenden programmatischen Punkte durchzuführen, dann ist eine Entschlieung des Parteitagcs über den weiteren Verbleib der sozialistischen Minister im Kabinett herbeizuführen.“

Chemnitz. Die Chemnitzer Parteigenossenschaft nahm am 14. August nach langer Aussprache die folgende Resolution gegen eine Stimme an:

„Die zirka 2000 versammelten Funktionäre der Chemnitzer Parteiorganisation halten fest an ihren früheren Beschlüssen und geben ihre Meinung dahin Ausdruck, daß das Experiment der großen Koalition eine schwere Belastung für die Partei darstellt und daß von der Reichstagsfraktion gefordert wird, mit unbedingter Festigkeit an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und jeden Abschwächungsversuch gegen die Sachwertfassung, die wertbeständigen Steuern, Kredite und Löhne und den Achtstundentag mit der Stellung der Kabinettsfrage zu beantworten.“

Die versammelten Funktionäre sind aber ebenso fest entschlossen, gegen das Treiben der Kommunisten, den Generalstreik zu erklären, Front zu machen.“

Breslau. Nach längerer Aussprache über die letzten politischen Ereignisse nahm die Breslauer Parteigenossenschaft am 14. August mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution an:

„Die Breslauer Parteigenossen haben wiederholt und entschieden die große Koalition abgelehnt. Noch heute haben sie schwere Bedenken gegen ein Zusammengehen mit dem schwerindustriellen Flügel des Bürgertums; sie stehen jedoch vor der vollendeten Tatsache und würdigen die Gründe, die die Fraktion zum Eintritt in das Kabinett Stresemann veranlaßt haben. Sie verlangen jedoch jetzt, daß die leitenden Genossen innerhalb und außerhalb der Kabinetts rücksichtslos die Forderungen der Partei durchsetzen und zu jeder Stunde das Verbleiben im Kabinett von einer wirksamen Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik abhängig machen.“

Das schwerste Mißtrauen haben die Breslauer Parteigenossen gegen den Reichswehrminister Gehler; sie befinden sich dabei im Einklange mit den Beschlüssen der Parteitage und wohl der gesamten Parteigenossenschaft. Die Breslauer Sozialdemokratie wird sich jedenfalls auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, die Unwahrscheinlichkeit der Reichswehrpolitik und den Zusammenhang der Reichswehr mit den völkischen Organisationen gebührend zu kennzeichnen.“

Jena. Die Ortsgruppe Jena der SPD. nahm am 14. August mit großer Mehrheit folgende Entschlieung an:

„Die am 14. August tagende Mitgliederversammlung verurteilt den Eintritt der Reichstagsfraktion in eine Regierung mit der Volkspartei, als ausgeprägter Betrug der Schwerindustrie. Nachdem sich jedoch die Mehrheit dafür entschieden hat, ist es Pflicht aller Genossen der Fraktion, so lange keine Schwierigkeiten zu bereiten, als sie alle Energie anspannen, das von ihr aufgestellte Programm (folgen die bekannten 6 Punkte) zu verwirklichen.“

Ebenso wichtig hält sie die sofortige Einberufung des Parteitagcs zur Beiprechung der politischen Situation und zur Schaffung eines prinzipiellen und tatsächlichen Programms.“

Von den Genossen in der Regierung fordert die Versammlung, daß sie etwaigen sabotierenden Versuchen bürgerlicher Regierungsmitglieder gegen notwendige Maßnahmen zur Gründung der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit zur Beseitigung der Lage der Arbeiterklasse härteste Opposition entgegenstellt und die Öffentlichkeit dagegen aufruft. Schreiet der Versuch, mit dieser Regierung die aufgeführten Programmpunkte zu verwirklichen, so sind die Genossen aus der Regierung zurückzutreten und auf Reichstagsneuwahlen hinzuwirken.“

Die Versammlung verlangt, daß die Reichstagsfraktion auf dem Rücktritt des Reichswehrministers Gehler. besteht.“

Deutsche Sozialdemokratische Partei in Preßburg.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei in Preßburg (Tschekoslowakei) hielt Dienstag, den 14. August, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der nach den Berichten der Funktionäre und der folgenden Entlastung die Neuwahlen vorgenommen wurden. Als Lokalvertrauensmann wurde gewählt Heinrich Kalmar. Ganz besonderes Gewicht wurde auf die bisher vernachlässigte Provinzbewegung gelegt und beschlossen, schon in den nächsten Tagen mit einer intensiven Agitation einzusetzen. Zu diesem Zweck wurde ein Agitationskomitee entsendet, an dessen Spitze Abg. Pau Wittlich gestellt wurde.

Sport.

Reitmeisterturnier der Besatzungen in der Kavallerie-Kasernenstadt am Sonntag, den 12. August, vor vollem Hause ausgetragen. Der Kampf des ersten Vorgesetzten-Berlin gegen den Besatzungs-Berlin endete in 21 Minuten. Der Kampf Besatzungs-Berlin gegen den Russen Alexander blieb unentschieden. Erst-Rittmeister hatte über Rittmeister schon in 15 Minuten als Sieger hervorgehen. Der Aufschlagskampf Rittmeister-Scholz-Berlin gegen Oberst-Rittmeister hatte am Dienstag wieder ein volles Haus gebracht. Erst nach 1 Stunde und 35 Minuten gelang es Rittmeister (seinem Gegner durch Billigung aus dem Stand zu befreien). Der zweite Aufschlagskampf Oberst-Rittmeister gegen Besatzungs-Berlin dauerte den Wunsche nach 1 Stunde und 5 Minuten durch Aufschlags und Einwürfen der Besatzungs-Sieg-Rittmeister und von den Besatzungs-Rittmeister unentschieden. Am Mittwoch kam der Sonntag, lang erwartete Aufschlagskampf Woll-Bremen gegen Besatzungs-Berlin. Für den Sieg war eine Prämie von 5 Millionen gestiftet worden. Der Besatzungs-Sieger war ein Gesamtzeit von 4 Stunden und 6 Minuten den Sieg durch doppelte Anwesenheit aus dem Stand. Erst-Rittmeister und von den Besatzungs-Rittmeister am Donnerstag den Reigen. Wieder legte der Reine und legte den Vollender in 1 Stunde und 45 Minuten auf beide Schultern. Der Aufschlag um die Plätze sah Besatzungs-Berlin über Besatzungs-Berlin schon in 19 Minuten als Sieger durch Aufschlag und Aufschlags aus Boden.

Bei Kopfschmerz
Cifrovaniile
Eckhülle in Pulver
Oblaten.

Bei Gicht, Rheuma, Ischias hat sich Logal wegen seiner barmherzigen Wirkung hervorragend bewährt. Ärztlich lobend begutachtet. Ein Versuch ist im eigenen Interesse. In allen Apotheken. Preis 64,7% Acid. acet. salic., 046% Chinin, 12,6% Lithium ad 100 Amylum.

Jetzt Ausnahmetage!
Bären-Stiefel
preiswert und erstklassig
zum Wandern
für die Herge
fürs Auto
fürs Motorrad
für die Jagd
zum Reiten
sowie Haferischeuhe
Hans Bähr Spezialhaus
Sportartikel Berlin C. 19
Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)
Kurfürstendamm 241
und Kommandantenstraße 57
Verlangen Sie illustrierte Preisliste.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf unter Garantie
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21.

Theater, Lichtspiele usw.

Thalia-Theater
 Täglich 8 Uhr
 Gr. Ausstattung - Operette in 5 Akten
Die Bacchantin
 Musik von Hubert Cuyppers und Victor Corzilius
 Vorzeiger dieser Anzeige erhalten auf sämtlichen Plätzen an der Abendkasse **50 Proz. Ermäßigung** (auch Sonntags). Giltig für 1-4 Personen bis 31. August.

Deutsches Th.
 7 1/2 Uhr
 Schneider Wibbel
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr
 Fabrikant Lentner
 Gr. Schauspielhaus
 Sommerwachtstraum
 Theater i. d. Königgrätzerstr.
 Die wanderl. Geschichten des Kapellm. Kremler
 Berliner Theater
 7.30 Uhr
Mädi

Volksbühne
 3 Uhr: La Traviata
 7 1/2 Uhr: Madame Butterfly
Lessing-Th.
 Altabend 8
Plarrbänkeldrama
Vent. Künstler-Th.
 Max Adalbert
 in: Die Tugendprinzessin
 Musik v. Kurt Zorlig
 Tägl. 7 1/2 Uhr

Achtung! XIII. Verwaltungsbezirk
Öffentliches Gesangs-Konzert
 8. Volksgesangstempel-Kariondorf
 (R. & P. 1888) am Montag, den 20. August, abends 7 Uhr, in Kariondorf, Rathausplatz, Raiter, Ecke Rothensirgasse.
 Alle Gesangs- u. Bräutigam-Gesangsvereine hiesig eingeladen. Der Vorstand.

Neues Operetten-Theater
 7 1/2 **Katja**
 Emmy Kreuzer
 von d. Volksoper
 Wien als Gast

Admirals-Variete
 8⁰⁰ Das internationale August-Programm
Trabrennen Ruhleben
 Sonntag, 19. Aug., nachm. 2 U.



HAMBURG - AMERIKA LINIE
 UNITED AMERICAN LINES

Nach **NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA**
AFRIKA, OSTASIEN USW.
 Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Kochnacht. — Erstklassige Salons und Kajütendampfer.
 Etwas wöchentliche Abfahrten von **HAMBURG NACH NEW YORK**

Eisenbahnfahrkarten zu Schalterpreisen, Zusammenstellen, Fahrscheine für das In- und Ausland
Schlafwagenplätze Bettkarten für Deutsche und für internationale Schlafwagen
Reisegepäckversicherung ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Übersee
Luftverkehr Rundflüge, Reklameflüge, Brief- u. Paketbeförderung

Auskünfte und Drucksachen durch **HAMBURG - AMERIKA LINIE**
 Hamburg und deren Vertreter bei **BERLIN W 8, Unt. d. Linden 8** Potsdamer Platz 3 und Leipziger Str. (Kaufhaus Tietz).
 Frachtauskünfte erteilt das Schiffsverkehrsamt G. m. b. H. **BERLIN W 8, Unt. d. Linden 8**.

Deutsch Opernhaus
 Abends 7 1/2 Uhr
Günstling der Zarin
 Große Volksoper
 im Theater d. Westens
 8 Uhr: Der seltsame Fall des Diplomat im Dienst D. blaue Pyjama etc.
 Metropol-Theater
 8 U.: Die Schöne der Frauen
 Neues Theater u. Zoo
 8 Uhr: Leibkutscher des Fridericus Rex
 Schüler-Th. Charl.
 8 U.: Süße Susi

Trianon-Th.
 Tägl. 8 Uhr
Die Raschoffs
Residenz-Th.
 Tägl. 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung
Casino-Theater
 8 U.: Die Schöne der Frauen
Theater des Ostens
 (Rose-Theater)
 7 1/2 U.: Die Dame mit der Maske

Th. a. Hollendorp
 7 1/2 U.: Mein Freund der Lokal
Wallner-Th.
 Die Luxusfrau
Kleines Th.
 8 U.: Lieder in Klaviers halbes Herz

Th. a. Kottb. Tor
 Tägl. 7 1/2 Uhr
ELITE-Sänger
 Das britische August-Programm
 u. a. Zwölfer zwei Frauen

Café Zirk
 Täglich
Gr. Konzert Aquarium

Fabrikne Schreibmaschinen, auch russische und Reise-Maschinen, liefern preiswert
A. Kietz & Co.
 Büro-Bedarf-Ges.
 W. 57, Frobenstr. 21.

Berliner Bockbrauerei
 Belle-Alliance-Ecke Fiedrichstraße
 Jeden Dienstag, Freitag, Sonntag
Erstklass. Kabarett
 Anfang 8 Uhr

Wien-Berlin
 Unterhaltungskabarett
 4 Uhr
 Das größte Nachmittags-Kabarett
 Das neue szenische Varieté-Programm
 Große Bier-Abteilung

LUNAPARK
 Ab 2 Uhr voller Betrieb, Feuerwerk

Winnegarten
 Varieté-Spielplan
 auch erstattet
Primus-Palast
 Potsdamer Str. 19
 Ecke Margaretenstr.
Der brennende Acker
 Regie: P. W. Murnau
 Beginn 7 und 9
 Sonnt. 5, 7 u. 9 U.

Ausscheiden! Central-Theater Aufheben!
 in der Alten Jakobstraße 30/32
 Einmalige Extra-Vergünstigung für die Leser des „Vorwärts“
 Tgl. 8 Uhr **Evchen Humbrecht** Tgl. 8 Uhr
 in der Titelrolle: **Ilse Muth**
 Unsere Leser zahlen für alle Plätze nur **1/4 des Kassenpreises!**
 Giltig für die Zeit vom 15. bis 30. August für 1 bis 4 Personen

ULAP
Täglich Großes Monumental-Feuerwerk
 Ermäßigte Preise Ein Kind frei

Reichshallen-Theater
 Tägl. 7 1/2 U.
 Stoll. Sänger.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
 Als Selbsthelfer liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
 Dukategold 985 gestempelt zu den niedrigsten 333 gestempelt Tagespreisen
 Einfache Ringe
H. Wiese, Juwelier
 Berlin N, Artilleriestr. 30
 Berlin W, Passauer Str. 12
 Bitte auf Hausnummer achten
 Auswärtige Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
 Anträgen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
 Garantieschein für gesetzliche Goldinhalt.
 Telegr.-Adr.: Trauringenone Berlin.

Hermann Engel
 Landsberger Straße 85-86-87
9 besondere Schlager unserer Preiswürdigkeit!!
 Winter-Wulst u. -Mäntel 9 800 000 6 654 000
 Prachtvolle Kleiderröde 1 127 000
 Zephirblusen Sportfason 1 666 000
 Gestreifter Blusenstoff per Meter 1 176 000
 Herren-Oberhemden Prima Perkal u. Zephir in modernen Mustern, 2 Kragen 3 969 000
 Dam.-Flor- u. Muffeline-Strümpfe in schwarz und braun 392 000 49 000 44 100
 Scheuertücher 49 000 44 100
 Etamine für Gardinen per Meter 795 000
 Madras-Rüstlergarnitur 2 Schale, 1 Querbehang 4 850 000
Herbst-Modell-Ausstellung
 herrlichster Damen- u. Kinder-Konfektion, Damenhüte u. Pelz-Konfektion

Breistwert u. gut
 muß ein Waschmittel sein, wenn es seinen Namen verdienen will. Unter der Fülle der auf dem Markt befindlichen Waschmittel gibt es eins, das sich in steigendem Maße der Beliebtheit der Hausfrauen erfreut:
Bersil das unübertroffene Waschmittel *
 Es verbindet Wirtschaftlichkeit mit bequemer Anwendungswiese. Einmaliges kurzes Kochen gibt bei schonendster Behandlung eine tadellose Wäsche. Bersil soll stets offen und ohne Zusatz verwandt werden und ist am ergiebigsten, wenn es in kaltem Wasser aufgelöst wird.
Ein Versuch lohnt!

Nur 3 Ausnahme-Tage!
 Abgabe nur je 1 Stück
 Reinwollene Strickjacken, soweit Vorrat 6 1/2 5 1/4 3 1/4 Millionen
 Covercoatmäntel 9 7 1/4 6 1/2
 Krimmermäntel auf la Cloth 22 1/2
 Astrachanmäntel 28
 Weiße Flauschmäntel, grau gestreift 15 1/2 12 9 1/4
 Kunstseidene Jumper, entzück. Einzel-Modelle 8 1/2 5 1/4
 Plüschmäntel, eleg. Pelzmäntel, Pelzjacken, Katzenjacken, Seal-Electric, Skinks-Jacken, Kostüme, Röcke, Eskimomäntel, Affenhautmäntel, soweit Vorrat ... noch billig
Simon Westmann
 Damenkonfektion und Trauermagazin
 1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Frauenhaar
 M. 2 000 000 f. 1 Kilo einwandfreie Ware, grau 60 Proz. weniger
F. R. Müller, Alexanderstr. 37a, I. Etage, an der Kaiserstraße.

Geschlechtskranke!
 Spezialist Dr. Dammanns Heilanstalten Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden, der Gonorrhoe nach
Schnellkur Polyzentral Dr. Drew: der Syphilis und ihre Folgen.
 Potsdamer Str. 123B, Königstr. 56/57
 9-12, 4-7, Sonnt. 10-12.
Seifen 30% billiger
 Seifenfabrik Dircksenstr. 20, St. Annen!

Ronco-Deutscher Metallarbeiter-Verband
 u. andere Vertriebsstellen Berlin N 54, Linienstraße 83/85
 Geschäftszeit vom 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Rothen 833 bis 836 und 6592 bis 6595.
A. Kietz & Co.
 Büro-Bedarf-Ges.
 W. 57, Frobenstr. 21
Typendrucker
 liefern preiswert
A. Kietz & Co.
 Büro-Bedarf-Ges.
 W. 57, Frobenstr. 21
Durchschlag
 Schreibmaschinen- u. Vervielfältigungspapier
 liefern preiswert
A. Kietz & Co.
 Büro-Bedarf-Ges.
 W. 57, Frobenstr. 21
Farbbänder
 für alle Schreibmaschinen
 liefern preiswert
A. Kietz & Co.
 Büro-Bedarf-Ges.
 W. 57, Frobenstr. 21
Schreib Rechen Maschinen
 Gebr. Weinitzschke Seydelstr. 3
Das Schulprogramm der Sozialdemokratie
 v. RICH. LOHMANN
 Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer u. Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zusammengefasst sind, sondern auch die nächsten Möglichkeiten zur schrittweisen Erreichung des Zieles dargelegt werden.
 Preis-Grundzahl M. 0,50
 Buchhandlung Vorwärts BERLIN SW 68 LINDENSTR. 8
Schokolade
 sehr preisw.!
 Sarotti Stollwerck Mautlon Kant u. a. Marken
 billig!
Eisen & Diamant
 Kaiserstr. 4
 Andreassir. 18

Schreib Rechen Maschinen
 Gebr. Weinitzschke Seydelstr. 3
Siemens-Konzern.
 Dienstag, den 21. August, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Cange, Siemensstadt
Außerordentl. Bezirkskonferenz
 Mitgliedsbuch und Funktionärliste legitimieren.
Auto-Reparatur-Betriebe
 Dienstag, den 21. August, abends 7 Uhr, im Lokal von Powolitz, Jolitzstr. 7
Konferenz
 aller Funktionäre der Auto-Reparatur-Betriebe Gr. Berlin.
 Tagesordnung: Bericht über die Betriebsbedingungen.
 Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Konferenz
 aller Metallarbeiter-Lehrlinge
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Siemens-Konzern.
 Dienstag, den 21. August, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Cange, Siemensstadt
Außerordentl. Bezirkskonferenz
 Mitgliedsbuch und Funktionärliste legitimieren.
Auto-Reparatur-Betriebe
 Dienstag, den 21. August, abends 7 Uhr, im Lokal von Powolitz, Jolitzstr. 7
Konferenz
 aller Funktionäre der Auto-Reparatur-Betriebe Gr. Berlin.
 Tagesordnung: Bericht über die Betriebsbedingungen.
 Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Konferenz
 aller Metallarbeiter-Lehrlinge
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

ROYAL MAIL LINE
 Die Königl. Englische Postdampfer-Linie
 Gegründet 1839
 Regelmäß. beschleunigter Post-, Passagier- und Frachtdampferdienst
HAMBURG - NEW YORK
 P.-D. „Ohio“ 29. Aug. 3. Oktbr.
 P.-D. „Orbita“ 5. Sept. 10. Oktbr.
 P.-D. „Orca“ 19. Septbr. 24. Oktbr.
 P.-D. „Orduna“ 26. Sept. 31. Okt.
 Fahrpreise HAMBURG - SOUTHAMPTON:
 I. Klasse £ 5, Kajüte u. II. Klasse £ 3.10 s.

BRASILIEN - LA PLATA
 von Southampton und Cherbourg
 P.-D. „Andes“ 31. August
 P.-D. „Arianga“ 14. September
 Anschlußdampfer von Hamburg.
 Nähere Auskunft erteilen:
ROYAL MAIL LINE G. m. b. H.
 HAMBURG BERLIN
 Alsterdamm 39 Unter den Linden 17-15
 sowie für Passage:
Brasch & Rothenstein, Berlin
 Unter den Linden 71
 Änderungen vorbehalten

Mittel der Wucherbekämpfung.

Von H. Grzesinski.

Nach der Preistreibeiverordnung ist die Verordnung über Handelsbeschränkungen die wichtigste. Sie umfaßt mehrere Abschnitte.

Im Abschnitt I, Handelserlaubnis und Unterjagung des Handels, ist als wichtigste Neuerung hervorzuheben, daß die Vorschriften über Erteilung, Verjagung und Entziehung der Handelserlaubnis auch Anwendung finden auf Händler, die den Handel im Umherziehen (Wandergewerbe) betreiben. In der alten Verordnung war das ausdrücklich ausgeschlossen. Damit ist den Verwaltungsbehörden nun endlich eine wirksame Handhabe gegeben, den zehntausenden Auktäufern und wilden Händlern zu Leibe zu gehen, die den Handel im Umherziehen (Wandergewerbe) betreiben. In der alten Verordnung war das ausdrücklich ausgeschlossen. Damit ist den Verwaltungsbehörden nun endlich eine wirksame Handhabe gegeben, den zehntausenden Auktäufern und wilden Händlern zu Leibe zu gehen, die den Handel im Umherziehen (Wandergewerbe) betreiben.

Die Vorschriften über Preisschilder und Preisverzeichnisse (Abschnitt II) regeln diese Materie endlich für ganz Deutschland einheitlich. Das entspricht einem seit langem notwendigen Bedürfnis. Wer von der Reichsregierung näher zu bezeichnende Gegenstände des täglichen Bedarfs sichtbar ausstellt oder anpreist, ist verpflichtet, die Waren mit einem Preisschild zu versehen. Von dem Preisschild kann abgesehen werden, wenn die Ware in einem Preisverzeichnis zweifelsfrei bezeichnet und an gut sichtbarer Stelle und überall da angebracht ist, wo die im Preisverzeichnis angeführten Waren ausgestellt oder angepriesen sind. Für von der Regierung besonders bezeichnete Lebensmittel (Schwarz, Grau- und Weißbrot, Bräthen, Zwieback, Fleisch- und Wurstwaren, Gemüsekonserven, Milch und Milchpräparate, Butter, Margarine und sonstige Speisefette, Bier, Mehl, Grieß, Graupen, Hülsenfrüchte, Feigwaren, Haferflocken, frisches Obst, Honig, Kunsthonig, Obstmus, Marmeladen) ist ein Preisverzeichnis anzubringen, auch wenn die Waren nicht ausgestellt sind. Diese letztere Bestimmung ist ganz neu und sehr wertvoll. Bei zurückgehaltenen Warenvorräten wird ihre Nichtbeachtung für die Feststellung einer strafbaren Warenzurückhaltung nach § 7 der Preistreibeiverordnung Bedeutung haben. Nach § 39 ist verboten, die dem Beschilderungszwang unterliegenden Gegenstände auszustellen, sofern sie bereits verkauft sind. Nach § 40 gilt die Preisankündigung auf dem Schild oder Verzeichnis als Preisforderung im Sinne der Preistreibeiverordnung und nach § 41 darf die Abgabe der Waren zum ausgezeichneten Preis nicht verweigert, insbesondere auch nicht von der Abnahme anderer Waren abhängig gemacht werden. Der neuen Preis-

schilderungsverordnung sind auch die Konsumvereine unterworfen, was nach den bisherigen Bestimmungen nicht ganz zweifelsfrei war.

Die Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch entspricht im wesentlichen den Bestimmungen des Gesetzes über die Fleischversorgung vom 18. April 1922. Die Vorschriften über die Erteilung der Erlaubnis zum Viehhandel sind den neuen Vorschriften in der Verordnung über Handelsbeschränkungen angepaßt. Eine wertvolle Erweiterung besteht darin, daß nunmehr der gesamte Viehhandel und der Fleischgroßhandel einer Erlaubnis bedarf und für den Viehhandel Buchführung vorgeschrieben ist. Neu und sehr wichtig ist ferner, daß der Viehhalter (Landwirt) Vieh und Fleischfleisch nur an Händler oder Schlächter abgeben darf, wenn diese sich als Inhaber einer Erlaubnis ausweisen, sonst macht er sich strafbar (Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe oder einer dieser Strafen.) Eine gleiche Bestimmung findet sich außer unter den Vorschriften über den Handel und Ankauf von Kartoffeln, wo der Kartoffelerzeugung zur Prüfung der Handels- bzw. Ankaufserlaubnis verpflichtet ist, noch in den Vorschriften über den Ankauf von Getreide, Butter, Butterschmalz, Käse und Eier.

In der Verordnung über Auskunftspflicht steht der § 2 in Erweiterung der bisherigen Vorschriften vor, daß auch die Verbände und Vereinigungen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmer jederzeit zur Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere über Preise und Vorräte sowie über Leistungen und Leistungsfähigkeit von Unternehmungen oder Betrieben verpflichtet sind. Damit hat das Reichswirtschaftsministerium und seine Organe die Möglichkeit, in das Getriebe, insbesondere die Preiskalkulationen der Kartelle und Syndikate Einblick zu nehmen, ohne, wie das bisher vielfach geschehen ist, eine Ablehnung befürchten zu müssen, und die erforderlichen Schlussfolgerungen für die deutsche Volkswirtschaft daraus zu ziehen.

Die Strafen für Vergehen gegen die neuen Wucherverordnungen sind vereinheitlicht, erheblich verschärft und in besonders schweren Fällen sind die Geldstrafen nach oben unbegrenzt. Wo sie begrenzt sind und diese Begrenzung durch die weitere Geldentwertung überholt ist, hilft das Geldstrafengesetz. Dieses bestimmt, daß bei der Bemessung einer Geldstrafe die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen sind. Die Geldstrafe soll das Entgelt, das der Täter für die Tat empfangen, und den Gewinn, den er aus der Tat gezogen hat, übersteigen. Reicht das gesetzliche Höchstmaß hierzu nicht aus, so darf es überschritten werden.

Ganz neu geregelt sind die Vorschriften über die Einziehung des wucherischen Gewinnes oder Verdienstes und der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht. Die Einziehung ist eine empfindliche Bestrafung. Sie ist noch besonders wirksam gemacht durch die Vorschrift, daß bei der Festsetzung des einzuziehenden Betrages die Verschlechterung oder Besserung der Kaufkraft des Geldes, die zwischen der Festsetzung des Erlöses, Gewinnes oder Verdienstes und der Festsetzung des einzuziehenden Betrages eingetreten ist, an-

gemessen zu berücksichtigen ist. Es kann auch auf Einziehung der bei der Tat verwendeten Verpackung und Beförderungsmittel erkannt werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören. Das wird die Transportfirmen sehr zur Vorsicht bei der Prüfung des ihnen zur Beförderung übergebenen Gutes veranlassen.

Die Vorschriften über die öffentliche Betanntmachung von Verurteilungen sind, wie die über Einziehung usw. auch auf Vergehen gegen die Verordnung über Handelsbeschränkungen ausgedehnt worden, die im übrigen noch dadurch erheblich verschärft worden ist, daß neben der Handelsunterjagung nach § 22 die zuständige Behörde auch die Schließung der Geschäftsräume anordnen kann, in denen der Betroffene den Handel betrieben hat. Ferner kann, die Einziehung des wucherischen Gewinnes und die öffentliche Betanntgabe der Verurteilung jetzt auch durch Strafbefehl angeordnet werden, was eine erwünschte Erweiterung der Strafbefugnis der Marktgerichte bedeutet, die ja Strafbefehlsgerichte sind.

Für die Preisbeeinflussung ist die Preisprüfungsstellenverordnung von größter Bedeutung. Die Preisprüfungsstellen sind zur Ueberwachung der Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs und der Vergütungen für Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs sowie für die Vermittlung von Geschäften über solche Gegenstände oder Leistungen nunmehr im ganzen Reichsgebiete zu errichten. Bei reger Anteilnahme der Verbraucher, insbesondere der Gewerkschaften, kann die neue Verordnung, die gegenüber der vom 25. September 1915 einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, ein geeignetes Instrument zur Beeinflussung der Preise für industrielle und landwirtschaftliche Produkte sowie für die Festsetzung angemessener Handelsspannen werden. Mehr wie sonstwo ist bei den Preisprüfungsstellen ihre gute Wirksamkeit von der Tüchtigkeit und Regsamkeit der Mitglieder abhängig. Wenn die Vorstände der Gewerkschaften eine Nachprüfung in bezug auf die Eignung ihrer bisherigen Vertreter eintreten lassen und Auswechslungen vornehmen würden, könnten sie der Sache nur dienen. Gelegenheit dazu ist gegeben, denn die Verbraucher werden stärker wie bisher herangezogen. Die eine Hälfte der Mitglieder muß in Zukunft ausschließlich aus Verbrauchern bestehen. Die „unbeteiligten Sachverständigen“ sind auf Verbraucherseite ausgeschloffen. Das sehr notwendige Vertrauen der Bevölkerung in die Preisprüfungsstellen wird dadurch sicherlich gehoben.

Besondere Bedeutung können die mittleren Preisprüfungsstellen erlangen, die für das Gebiet des Landes oder für die einzelnen Teile des Landes zu errichten sind. Voraussetzung ist hier neben tüchtigen Mitgliedern eine geeignete Leitung, die die Geschäfte hauptsächlich führt und daß den Preisprüfungsstellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben hinreichend Geldmittel zur Verfügung stehen. Die Landesregierungen werden darauf besonders ihr Augenmerk zu lenken haben. Das Studium der neuen Wucherbestimmungen kann den Verbrauchern nicht eindringlich genug empfohlen werden.

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

Jedermann legt heute sein Geld wertbeständig an, indem er die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches zeichnet

Einteilung der Stücke	4,20 Gold-Mark = 1 Dollar	rückzahlbar zu 170%	42 Gold-Mark = 10 Dollar	420 Gold-Mark = 100 Dollar
	8,40 Gold-Mark = 2 Dollar		105 Gold-Mark = 25 Dollar	2100 Gold-Mark = 500 Dollar
	21,- Gold-Mark = 5 Dollar		210 Gold-Mark = 50 Dollar	4200 Gold-Mark = 1000 Dollar

Das kleinste Stück lautet also auf den Gegenwert von 1 Dollar

Auch der kleinste Sparer kann mithin den Wert seines Geldes für die Zukunft sicherstellen

Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt nach 12 Jahren zum Dollarkurse.

Der Zeichnungspreis beträgt bis auf weiteres . . . **100%** // Bei Einzahlung von Devisen oder Dollarschaganweisungen . . . **95%**

Die Sicherheit der Zinsen und Rückzahlung der Anleihe ist reichsgesetzlich gewährleistet durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen

Die größeren Anleihestücke tragen Zinscheine, der Zinssatz ist 6%. Die Zinscheine werden jährlich am 1. September in Mark zum jeweiligen Dollarkurse eingelöst. Kauf und Verkauf der Anleihe sind frei von der Börsenumsatzsteuer. — Sie ist beleihbar bei den Darlehnskassen des Reiches. — Selbstgezeichnete Anleihe ist **frei von der Erbschaftsteuer.** Auskunft erteilen.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.

